

***„Stimme
voll zu“***

***„Stimme
überhaupt
nicht zu“***

*„Ich würde gerne mehr
über Verfolgung im
Nationalsozialismus
erfahren.“*

*„Ich verstehe nicht, warum
ich mich heute noch
mit dem Nationalsozialis-
mus beschäftigen soll.“*

*„Ich kenne in meiner Stadt/
Region einen Ort, an dem
an die Opfer des National-
sozialismus erinnert wird.“*

*„Ich wünsche mir einen
anderen Umgang mit
dem Thema Nationalso-
zialismus in der Schule.“*

HIER WOHNTE
DR. HUGO
ROSENTHAL

JG. 1872

GEDEMÜTIGT / ENTRECHTET

BERUFSVERBOT 1938

ZWANGSVERKAUF 1939

GRUNDSTÜCK MIT HAUS

TOT 26.5.1940



**1. Nationalsozialismus =
Ideologie der Ungleichheit mit
einem rassistischen Weltbild.
Ziel: Ausrottung von jüdischen
Menschen und anderer unerwün-
schter Gruppen aus der deutschen
Gesellschaft**

2. Erfundene Vorwürfe, z.B.: Jüdinnen*Juden seien schuld an Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg oder an schlechter wirtschaftlicher Lage. Außerdem galten sie in der NS-„Rassenlehre“ als „minderwertig“. Allerdings: Keine faktischen oder logischen Gründe für den Verfolgungswillen!

3. Während der Zeit des Nationalsozialismus (1933-1945): Nazis wollten Jüdinnen*Juden vernichten, weil sie in ihnen eine Bedrohung der „arischen Rassenreinheit“ sahen → Moderner Antisemitismus (dabei konnten die Nazis auf einen tief in den europäischen Gesellschaften verankerten Antisemitismus aufbauen)

4. Verfolgung der Nazis zielte auch auf andere Gruppen, die als „rassisch“ oder biologisch minderwertig angesehen wurden (Sinti*ze und Rom*nja, Menschen mit Behinderungen u.a.); auch Verfolgung aus politischen, ideologischen und verhaltensbedingten Gründen (Kommunist*innen, Zeugen Jehovas, Homosexuelle oder auch Menschen, die von den Nazis als „arbeits-scheu“ bezeichnet wurden)

5. Konkrete Folgen: rechtliche und soziale Herabsetzung (u.a. Verlust der vollen Bürgerrechte)
→ wirtschaftliche Ausschaltung (u.a. Enteignungen von Vermögen und Unternehmen) → Vernichtung (Deportation in Ghettos, Konzentrationslager, Vernichtungslager)

Arbeitsauftrag AG 1

*Ihr habt die Aufgabe, in eurer Gruppe die Schritte zu recherchieren und darzustellen, die notwendig sind, um eine Stolpersteinverlegung zu organisieren. Ziel ist es, anderen Teilnehmer*innen des Projekttagess konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Nutzt das Internet, um auf der Website www.stolpersteine-brandenburg.de nach Hinweisen zur Beantwortung der Frage zu suchen.*

Arbeitsauftrag AG 2 bis AG 7

Lest die Biografien und erstellt in Gruppenarbeit und auf Grundlage der Aufgaben ein Plakat über das Leben der jeweiligen Person. Dieses Plakat präsentiert ihr dann im World Café den anderen Gruppen.

Aufgabe: Stolpersteine verlegen – wie geht das?

Ihr habt die Aufgabe, in eurer Gruppe die Schritte zu recherchieren und darzustellen, die notwendig sind, um eine Stolpersteinverlegung zu organisieren. Ziel ist es, anderen Teilnehmer*innen des Projekttages konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Nutzt das Internet, um auf der Website nach Hinweisen zur Beantwortung der Frage zu suchen.



(Tipp: Konzentriert euch auf der Website auf die Menüpunkte „Aktiv werden“ → „Recherche“ und „Aktiv werden“ → „Stolpersteinverlegung“)

Ablauf:

Arbeitsteilung in der Gruppe (ca. 5 Minuten): Klärt, wer welche Informationen recherchiert und wie ihr euer Plakat gestalten möchtet.

Recherchiert die folgenden Punkte (ca. 50 Minuten): Nutzt die Website, um Antworten auf die folgenden Fragen zu finden:

- *Wie finde ich die Person, für die ein Stolperstein verlegt werden soll?*
[„Aktiv werden“ → „Recherche“]
- *Welche formalen Anforderungen und Anmeldungen sind notwendig?*
[„Aktiv werden“ → „Stolpersteinverlegung“]
- *Wie läuft die Abstimmung mit der Kommune ab?*
- *Wie steht es um die Finanzierung? Und wie kann man Spenden sammeln?*
- *Was passiert am Tag der Verlegung? Wie können Angehörige oder andere Beteiligte eingebunden werden?*

Gestaltet euer Plakat (ca. 20 Minuten):

- a. Verwendet die bereitgestellten Bilder und Materialien.
- b. Haltet eure Ergebnisse klar und übersichtlich fest.
- c. Nutzt die folgende Gliederung:
 - i. Titel: „So organisieren wir eine Stolpersteinverlegung“
 - ii. Abschnitte:
 1. Person finden
 2. Formales klären
 3. Abstimmung mit der Kommune
 4. Finanzierung sichern
 5. Tag der Verlegung und Einbindung Angehöriger

Text 1: „Recherche“

Am Anfang Ihres Stolpersteinprojektes steht die Forschung. Beachten Sie, dass es sich bei den Stolpersteinen um ein Kunstprojekt handelt, das sich mit dem aktiven Gedenken beschäftigt. Die historische Recherche sollte über die Datenerfassung für den Stein hinausgehen und so das Leben des Menschen wieder in Erinnerung rufen. Ein bloßes Abschreiben der Angaben aus Gedenkbüchern ist nicht in diesem Sinne.

Versuchen Sie, einen nachbarschaftlichen Kommunikationsprozess zu initiieren. Treten Sie an ehemalige und jetzige Bewohner*innen, örtliche Vereine, religiöse Gemeinden, Parteien, Schulen, Ausbildungsbetriebe, Hochschulen und Universitäten heran. Suchen Sie Kontakt zu Heimatforscher*innen und Wissenschaftler*innen historischer Fakultäten.

Erfragen Sie:

- Personen: Familienangehörige, Freund*innen, Klassenkamerad*innen, Arbeitskolleg*innen
- Wohnorte: Straße, Wohnung im Haus, weitere Adressen bei Umzügen, Veränderungen im Stadtbild
- Familie: Geburten, Taufen, Hochzeiten, Jubiläen, Todesfälle, Namensänderungen
- Ausbildung und Beruf: Schul- und Berufsabschlüsse, berufliche Tätigkeiten, Studium
- Ereignisse: Veränderungen nach 1933, Reaktion im Ort auf nationalsozialistische Politik

Sie sollten bei der Recherche zunächst vor Ort beginnen und dann weiterführend suchen. Befragen Sie, wenn möglich, Zeitzeug*innen oder deren Nachfahren. Folgendes Vorgehen ist denkbar:

- Ermittlung von Personen und Familien, für die Stolpersteine verlegt werden sollen: Wenn die Namen und der Wohnort bereits bekannt sind, konzentrieren sich die Nachforschungen auf weitere Familienmitglieder oder Hausbewohner*innen. Es ist aber auch möglich, über die Erforschung der Geschichte eines oder mehrere Häuser während der NS-Zeit ein Stolpersteinprojekt zu initiieren. Auf der Webseite des Bundesarchivs (www.bundesarchiv.de/gedenkbuch) finden Sie die Namen von jüdischen Verfolgten. Hier können Sie vom Namen oder Wohnort ausgehend recherchieren. Dort werden jedoch keine konkreten Adressen angegeben. Zugang zu den Akten und den Adressen erhalten Sie dann über das Brandenburgische Landeshauptarchiv oder über örtliche Archive oder Museen.
- Ermittlung vor Ort: Suchen Sie zunächst nach Informationen in der unmittelbaren Umgebung des Wohnortes. Fragen Sie nach Familienangehörigen, Zeitzeug*innen und ehemaligen Bewohner*innen des Hauses und der Straße.
- Recherche in öffentlich zugänglichen Publikationen: Wenden Sie sich an Heimatmuseen, Geschichtsvereine sowie die Stadt-, Landes- und Staatsbibliothek.

- Online-Recherche: Beginnen Sie beim Befragen von Suchmaschinen. Schauen Sie in die Online-Kataloge der Bibliotheken, vor allem in die Zeitschriftensammlungen oder auch in die online verfügbaren Materialien. Suchen Sie personenbezogen nach Adressen und Ansprechpartner*innen.
- Recherche in Archiven
- Örtliche Archive: Versuchen Sie zunächst, vor Ort Dokumente zu finden. Durchforschen Sie beispielsweise Materialien der Stadtverwaltung, der Kirchengemeinde, der Standesämter und von Geschichtsvereinen.

Auf der Seite Archive und Gedenkstätten sind die Archive mit Adressen aufgeführt.

Sie sind für Ihr Rechercheergebnis und den Umgang mit personenbezogenen Daten selbst verantwortlich. Achten Sie auf Quellennachweise und überprüfen Sie die Daten, die von anderen recherchiert wurden. Das ist einerseits wichtig, um bei späteren Nachfragen antworten zu können. Andererseits ersparen Sie sich nochmaliges Suchen bei der Veröffentlichung Ihres Forschungsergebnisses.

Text 2: „Wie organisiere ich eine Stolperstein-Verlegung?“

Mit Stolpersteinen erinnern Bürger*innen in Gemeinden an Opfer des Nationalsozialismus. Worauf sollten Sie achten, wenn Sie eine Stolpersteinverlegung bei Ihnen vor Ort organisieren möchten?

Gunter Demnig hat einen biografischen Bezug zum Land Brandenburg. Er wurde 1948 in Berlin geboren, wuchs dann in Nauen auf und ging auch dort zur Schule. Im Land Brandenburg hat er im Herbst 2003 die ersten Stolpersteine in Neuruppin verlegt. Mittlerweile haben sich vielzählige Gemeinden diesem Projekt angeschlossen. Nutzen Sie die Erfahrungen anderer und suchen Sie für Ihre geplante Verlegung Kontakt zu Initiativen in Ihrer Umgebung. Am Anfang Ihres Stolpersteinprojektes steht die Forschung. Nutzen Sie hierfür zum Beispiel unsere Recherche-Tipps. Sie sollten dann Ihr Rechercheergebnis zusammenfassen. Dazu können Sie unterschiedliche Publikationsformen wählen, beispielsweise:

- Gedenkschrift
- Flyer zu den Stolpersteinen
- PowerPoint-Präsentation
- Ausstellung
- Präsentation auf der Homepage der Gemeinde
- Eigene Website

Ein Belegexemplar der veröffentlichten Biografie oder neuer Quellen sollten Sie an genutzte Archive und Bibliotheken sowie an weitere beteiligte Institutionen übersenden.

Inschrift

Die Stolpersteine werden einheitlich mit fünf Angaben zur Person beschriftet. Die Daten sollten Sie mindestens zwei Monate vor der Verlegung per E-Mail und als Word-Dokument senden an:

E-Mail: inschriften@stolpersteine.eu

Bei der Inschrift müssen Sie sich an folgenden Vorgaben orientieren und Großbuchstaben verwenden:

- Überschrift: Als Überschrift wird meist „HIER WOHNTE“ gewählt. Weitere Möglichkeiten sind: HIER LEBTE, HIER LERNTTE oder HIER LEHRTE, HIER ARBEITETE, HIER PRAKTIZIERTE, HIER WIRKTE. Es ist auch ein Stein ohne Überschrift möglich.
- Vorname, Name (gegebenenfalls auch Geburtsname)
- Geburtsjahr
- Deportationsjahr und Ort
- Schicksal: Als Angaben sind „TOT“ oder „ERMORDET“ möglich. Für ein unbekanntes Schicksal stehen drei Fragezeichen „??“, statt Selbstmord steht „FLUCHT IN DEN TOD“. Der Begriff „verschollen“ wird nicht verwendet, ebenso nicht der Begriff „Tod“, da dieser einen natürlichen Tod nahelegt. Für den Begriff „Emigration“ mit der Bedeutung Auswanderung steht „FLUCHT“, Jahreszahl, Zielland.

Jeder Mensch erhält einen eigenen Stein. Ein Anliegen von Gunter Demnig ist es, im Gedenken die Familien wieder zu vereinen. Deshalb werden auch überlebende Familienangehörige einbezogen (Kinder, die in Sicherheit gebracht werden konnten, oder Angehörige, denen die Flucht gelang; KZ-Überlebende und andere). Gedacht wird auch der Menschen, welche die Flucht in

den Tod wählten. Darum ist es wichtig, nach der gesamten Familie zu recherchieren, auch um zu verhindern, dass später weitere Steine verlegt werden müssen. Dabei besteht die Gefahr, dass ältere Steine beschädigt werden.

Genehmigung und Terminabsprache

Die Stolpersteinverlegung wird zunächst mit der Stadt beziehungsweise Gemeinde und dem Tiefbauamt abgesprochen. Hier muss eine „Genehmigung für das Verlegen von Stolpersteinen im öffentlichen Raum“ beantragt werden. Die formale Handhabung ist in den Gemeinden unterschiedlich, aber durch einen Telefonanruf in der Regel zu erfahren. Erst nachdem Sie die Bestätigung erhalten haben, vereinbaren Sie einen Termin mit Gunter Demnig. Aufgrund zahlreicher Anfragen müssen Sie im Moment eine Wartezeit von einem halben Jahr einplanen. Die Terminabsprache erfolgt schriftlich: termine@stolpersteine.eu.

Sollten Sie bei Ihren Nachforschungen auf ausländische Adressen als letzten Wohnort stoßen, schreiben Sie an: international@stolpersteine.eu.

Sie sollten auch Eigentümer*innen sowie die Bewohner*innen des Hauses, vor dem der Stein liegen wird, informieren. Das ist nicht zwingend, da der Gehweg in der Regel der Stadt gehört. Aber es kann Streit vermeiden helfen und die Aufgeschlossenheit gegenüber diesem Thema fördern.

Verlegung

Mit der Verlegung des Steines wird Ihre Initiative auch ein sichtbarer Teil des europäischen Stolpersteinprojektes. In den ersten Jahren hat Gunter Demnig alle Steine selbst verlegt, und auch jetzt ist er bemüht, sein Projekt persönlich weiterzuführen. Aufgrund der Vielzahl von Anfragen setzt er zumindest jeden ersten Stolperstein in einer Kommune. Die Arbeiten dauern ungefähr 20 Minuten. Sie werden in eine Gedenkveranstaltung integriert, die individuell gestaltet werden kann:

- Begrüßung oder Worte von Hinterbliebenen oder Familienangehörigen
- Lesung von Zeitzeug*innen
- Verlesung der Biografie
- Grußwort von kommunalen Vertretern
- Vorstellung der Projektarbeit
- Musikalische Umrahmung
- Aufführung eines Theaterstückes

Wenn an einem Tag mehrere Steine in einer Gemeinde gesetzt werden, sollte jede einzelne Verlegung würdevoll erfolgen. Umrahmend bieten sich eine Auftaktveranstaltung und im Anschluss ein Empfang an. Gunter Demnig hält auf Wunsch auch einen 50-minütigen Vortrag zum Werdegang des Stolpersteinprojektes mit anschließender Diskussionsrunde. Für die PowerPoint-Präsentation müssten Sie einen Beamer und einen Laptop mit genügend Speicherkapazität zur Verfügung stellen.

Technische Umsetzung

Geben Sie Gunter Demnig eine genaue Beschreibung der Verlegestelle mit Maßangaben, damit er die richtige Ausrüstung, Füllsteine und weiteres Material mitbringen kann. Bewährt hat sich auch die Anwesenheit des Bauamtes bei der Verlegung. Dann kann die Stelle noch einmal exakt festgelegt werden. Fragen Sie auch, ob Sie der zum Tiefbauamt gehörige Bauhof unterstützen kann. Ansonsten ist es ratsam, einen Baubetrieb vor Ort anzusprechen, der bei der Verlegung und der Schuttentsorgung hilft. In einigen Gemeinden bereiten erfahrene Baubetriebe oder der Bauhof die Stellen vor.

Die Steine werden nicht direkt an die Hauswand gelegt, sondern ungefähr in die Mitte des Gehweges, in der Regel direkt vor dem Eingang. Die Steine einer Familie werden mit Fuge nebeneinander oder auch hintereinander gelegt. Die Stolpersteine haben ein Maß von 96 x 96 mm und eine Höhe von 100 mm. Für die Fugen müssen 5 mm eingeplant werden. Der Aushub für das Betonbett darf nur 12 cm tief sein.

Beim Ordnungsamt muss für die Zeit der Verlegung gegebenenfalls eine Sonderparkgenehmigung für Gunter Demnigs Lieferwagen beantragt werden.

Einladungen

Gestalten Sie Ihr Stolpersteinprojekt öffentlichkeitswirksam. Informieren Sie sowohl im Vorfeld über das Projekt als auch über die konkrete Steinverlegung:

- Angehörige oder Freund*innen des Opfers
- Projektunterstützer*innen und -teilnehmer*innen

Denken Sie bei allen Veranstaltungen an die Forschenden, die Pat*innen und die Mitarbeiter*innen in Archiven, Museen, Bibliotheken, ...

- Vertreter*innen der Stadt oder Gemeinde, von Vereinen, Jugendeinrichtungen, Schulen
- Bewohner*innen, Eigentümer*innen des Hauses sowie Nachbar*innen
- Presse (Informieren Sie auch die lokalen Wochenzeitungen und Fernsehsender)
- Polizei: Informieren Sie auch die Polizei, ggf. das Ordnungsamt. Beide Behörden können den Straßenverkehr regeln und bei unerwünschten Gästen helfen.

Kosten und Patenschaften

Ein Stolperstein kostet einschließlich der Verlegung 120 Euro. Hinzu kommen eventuell Übernachtungskosten für Gunter Demnig und seinen Fahrer sowie, falls Sie einen Vortrag wollen, ein Honorar. Die Rechnungslegung erfolgt im Nachhinein, aber nur an eine Rechnungsadresse. Viele Stolpersteininitiativen richten Konten ein und rufen zu Spenden auf. Das ist besonders bei mehreren Steinen sinnvoll. Es besteht auch die Möglichkeit einer Patenschaft oder Patengemeinschaft für Stolpersteine.

Weiteres Gedenken

In einigen Gemeinden werden regelmäßig Gedenkveranstaltungen durchgeführt, in anderen finden Familientreffen statt. Wenden Sie sich an Stadtführer*innen, damit diese die Steine in ihren Rundgang integrieren. Außerdem können die örtlichen Schulen das regionalgeschichtliche Thema in ihr Schulcurriculum aufnehmen. Es bietet sich an, bereits während der Vorbereitung der Verlegung regelmäßige Treffen der Beteiligten und Informationsveranstaltungen durchzuführen. Hier können Sie auch über bereits vorhandene Stolpersteine berichten und der Schicksale gedenken. Indem Sie neue Stolpersteininitiativen vorstellen, können Sie weitere Interessierte und manchmal sogar neue ungeahnte Quellen erschließen. Außerdem ist dies ein geeigneter Rahmen, um für Patenschaften zu werben.

HIER WOHNTE

Aufgabe 1:

*Was lässt sich über die Biografie der Person aussagen?
Haltet ihre Lebensgeschichte auf einem Plakat fest, so dass ihr
den anderen Gruppen darüber berichten könnt.*

JG. 1920

Aufgabe 2:

*Erklärt anhand der Biografien und unter Rückgriff auf den Info-
kasten, warum die Nazis Menschen wie Dorothea Büttner und
Annemarie Siegfried ermordeten. Haltet eure Überlegungen auf
dem Plakat fest, um sie den anderen Gruppen im Rahmen des
World Cafés erklären zu können.*

Annemarie Siegfried

Geburtsdatum

4.2.1920

Todesdatum

12.7.1943

Verfolgung

körperlich oder geistig behindert

Ort

Am Neuen Garten 42A**14469 Potsdam**

Annemarie Siegfried wurde am 4. Februar 1920 in Potsdam geboren. Sie war die zweite Tochter des Arztes und Regierungsmedizinalrates Karl Siegfried und seiner Ehefrau Paula, geborene Wernich. Karl Siegfried diente im Ersten Weltkrieg und arbeitete im Versorgungs Krankenhaus in Potsdam. Annemarie Siegfried wuchs in Potsdam auf. Familienfotos vermitteln ein fröhliches und musikalisches Kind. Als Annemarie 13 Jahre alt war, starb ihr Vater. Wenig später ging ihre Mutter eine erneute Ehe ein und heiratete den Politiker und Schriftsteller August Winnig. Die Familie bezog ein Haus am Neuen Garten. Mit 18 Jahren erfuhr Annemarie Siegfried von ihrer Familie, dass ihr Vater Selbstmord begangen hatte. Diese Nachricht löste bei ihr eine Lebenskrise aus.

Nach dem Abitur schlug Annemarie Siegfried zunächst den Weg eines Medizinstudiums ein. Sie wechselte von Berlin nach Göttingen, wo sie einer Krankenpflegetätigkeit nachkam. Schließlich absolvierte sie das Physikum und setzte ihr Medizinstudium in Tübingen fort. Hier kam es zu einer erneuten schweren Krise mit Wutausbrüchen, die wohl durch die Zurückweisung eines Kommilitonen und durch zunehmende Zweifel am Medizinstudium ausgelöst wurden. Daraufhin wurde Annemarie Siegfried mit der Diagnose „manischer Erregungszustand mit schizophrener Symptomatik“ im Oktober 1942 in die Psychiatrie der Universitätsklinik Tübingen eingewiesen. Es folgten ein mehrmo-

natiger Aufenthalt mit schweren schädigenden Behandlungen – viele Elektroschocks, Insulintherapie, schwere Medikamente – und Verlegungen in andere psychiatrische Kliniken.

Nach monatelanger Tortur wurde Annemarie Siegfried am 12. Juli 1943 in der privaten Heil- und Pflegeanstalt St. Josefskloster Neuss Opfer der „Euthanasie“. Sie wurde getötet, weil sie in der nationalsozialistischen Ideologie als „lebensunwert“ galt. Die offizielle Todesursache wurde mit Herzlähmung und Manie angegeben.



Stolperstein für Annemarie Siegfried

Dorothea Büttner

Geburtsdatum

1880

Todesdatum

22.5.1940

Verfolgung

körperlich oder geistig behindert

Ort

Berliner Straße 17

15230 Frankfurt (Oder)

Dorothea Büttner (geborene Raschke) wurde 1880 in Cybinka (deutsch: Ziebingen) im preußischen Landkreis Weststernberg geboren. Sie lebte in der Berliner Straße 18 in Frankfurt (Oder). 1937 erkrankte Dorothea Büttner im Alter von 57 Jahren an Malaria. In der Folge litt sie auch unter Sprachstörungen, Gedächtnisverlust und Halluzinationen. Sie wurde im städtischen Krankenhaus in Frankfurt (Oder) aufgenommen und in die Brandenburgische Landesanstalt Landsberg an der Warthe überwiesen. In dieser Heil- und Pflegeanstalt befand sich bereits seit mehreren Monaten ihr Ehemann Heinrich, der 1938 dort verstarb. Am 22. Mai 1940 wurde Dorothea Büttner wahrscheinlich im Rahmen des Massenmords der Nazis an psychisch Kranken („Euthanasie“) ermordet. In der Krankenakte befindet sich der Eintrag: „Mit Sammeltransport verlegt.“ Auf dem Frankfurter Hauptfriedhof gibt es ein Urnengrab für Dorothea Büttner.

Der Stolperstein für Dorothea Büttner wurde am 10. Mai 2019 verlegt.



Der Begriff „Euthanasie“ leitet sich aus dem Griechischen ab und bedeutet übersetzt „gutes Sterben“ oder „schöner Tod“. Im Nationalsozialismus wurde er jedoch missbraucht, um die gezielte und systematische Tötung von Menschen zu verschleiern, die als „lebensunwert“ angesehen wurden. Sie standen dem nationalsozialistischen Ideal einer „reinen Rasse“ entgegen und galten in den Augen der Nationalsozialist*innen als Belastung für die Gesellschaft. Dieses Massenverbrechen, eines der ersten in der Herrschaftszeit des Regimes, betraf vor allem Personen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen oder vermeintlich „erbkranken“ Merkmalen. Sie hieß auch „Aktion-T4“, benannt nach der Tiergartenstraße 4 in Berlin. Hier saß die für die Organisation des Massenmords zuständige Dienststelle.

Zwischen 1939 und 1945 wurden im Rahmen der sogenannten „Euthanasie-Aktion“ in Deutschland und den von den Deutschen besetzten Gebieten etwa 300.000 Menschen ermordet. Der systematische Terror gegen Kranke, Pflegebedürftige und als „krank“ oder „abweichend“ stigmatisierte Personen begann jedoch bereits 1933/34 mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, welches die Zwangssterilisierung von als „erbkrank“ eingestuft Menschen ermöglichte.

In der ersten Phase der „Euthanasie“ zwischen 1939 und 1941 wurden zahlreiche kranke und pflegebedürftige Menschen systematisch getötet, oft in speziell dafür eingerichteten Gaskammern. Diese befanden sich in sechs zentralen Tötungsanstalten: Brandenburg an der Havel, Hadamar, Grafeneck, Sonnenstein/Pirna, Hartheim bei Linz und Bernburg an der Saale. Bis zur offiziellen Einstellung der Aktion Ende August 1941 fielen

etwa 70.000 Menschen diesem grausamen Vorgehen zum Opfer. Nach öffentlichen Protesten von Angehörigen wurde das Töten von Anstaltsinsass*innen in Gaskammern ab dem 24. August 1941 weitgehend gestoppt. Das Töten selbst hingegen wurde bis Kriegsende niemals eingestellt, es wurde von nun an lediglich dezentral organisiert. Der Kreis der Opfer wurde ausgeweitet, und die Tötungsmethoden änderten sich.

In der „Euthanasie“-Tötungsanstalt Brandenburg wurden zwischen Februar und Oktober 1940 unter dem Tarnnamen „Landes-Pflegeanstalt-Brandenburg an der Havel“ über 9.000 Anstaltspatient*innen aus dem nord- und mitteldeutschen Raum mit Giftgas ermordet.

Unter den T4-Opfern waren etwa zehn Prozent Jüdinnen*Juden. Sie wurden, im Gegensatz zu anderen Patient*innen, unabhängig von der Art ihrer Erkrankung und Arbeitsfähigkeit getötet. Nur ihre jüdische Herkunft war entscheidend. Dementsprechend fing der erste geplante Massenmord an Jüdinnen*Juden im Deutschen Reich bereits im Jahr 1940 an.

Später waren Mitarbeiter*innen der Euthanasieanstalten im besetzten Polen tätig. Die entwickelten Tötungstechniken aus Brandenburg brachten sie in die NS-Vernichtungslager. Somit nahmen sie eine entscheidende Rolle in der Entwicklung der NS-Vernichtungsmaschinerie ein.

Aufgabe 1:

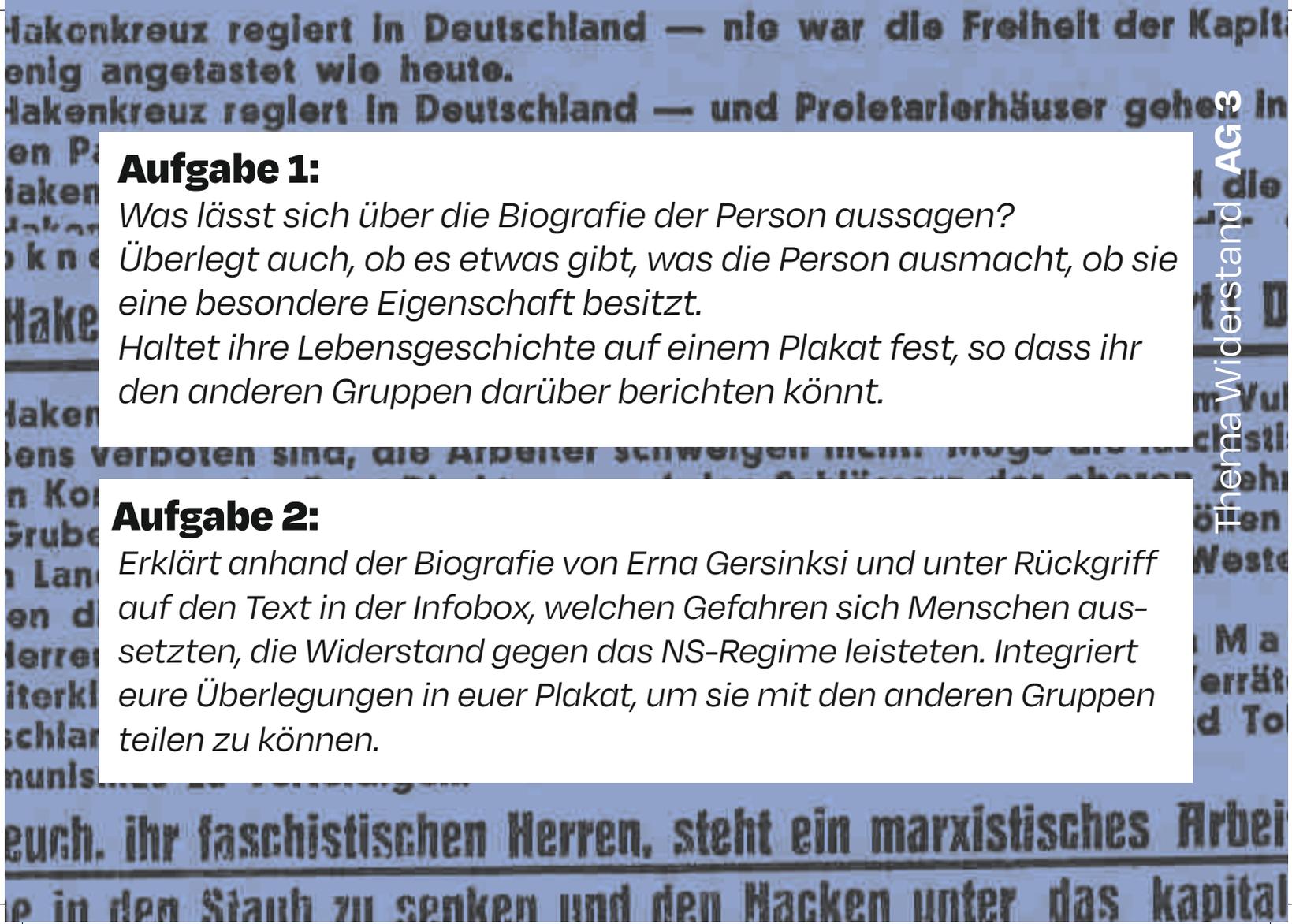
Was lässt sich über die Biografie der Person aussagen?

Überlegt auch, ob es etwas gibt, was die Person ausmacht, ob sie eine besondere Eigenschaft besitzt.

Haltet ihre Lebensgeschichte auf einem Plakat fest, so dass ihr den anderen Gruppen darüber berichten könnt.

Aufgabe 2:

Erklärt anhand der Biografie von Erna Gersinski und unter Rückgriff auf den Text in der Infobox, welchen Gefahren sich Menschen aussetzten, die Widerstand gegen das NS-Regime leisteten. Integriert eure Überlegungen in euer Plakat, um sie mit den anderen Gruppen teilen zu können.





Porträt von Erna Gersinski

Erna Gersinski

Erna Gersinski, geb. Jung

Geburtsdatum

12.3.1869

Todesdatum

22.1.1964

Verfolgung

**Mitglied in verbotener Partei
bzw. widerständig oder
politisch oppositionell**

Ort

**Wilhelmstraße 13
16727 Velten**

Erna Gersinski (geb. Jung) war Arbeiterin und KPD-Funktionärin. Mit ihrem Mann betrieb sie eine Widerstandsorganisation in Velten. 1944 wurde sie nach Sachsenhausen verschleppt und in Bergen-Belsen befreit.

Erna Gersinski wurde am 12. März 1869 in Velten geboren. Nach dem Volksschulabschluss arbeitete sie zunächst ungelernt als Haushaltshilfe. Später als Schlosserin bei der AEG angestellt, trat sie dem Deutschen Metallarbeiterverband (DMV), der USPD (eine sozialistische Abspaltung von der SPD) und 1920 der KPD bei. Es folgte die Heirat mit Gustav Gersinski, der bei der AEG Hennigsdorf arbeitete und Mitglied der KPD sowie Abgeordneter im Kreistag

Osthavelland war. So führte Erna Gersinski ihre politischen Aktivitäten als KPD-Funktionärin auch nach der Heirat fort. Kinderlos und politisch organisiert, wickelte ihr Lebenslauf wesentlich von dem anderer Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik ab.

Ab 1933 wurde Erna Gersinski neben ihrer Arbeit in der Veltener Ton- und Keramikindustrie zusammen mit ihrem Mann im Untergrund gegen den Nationalsozialismus aktiv. Im Vordergrund der Arbeit von Frauen im Widerstand standen üblicherweise reproduktive Tätigkeiten zur Pflege und Schaffung von Organisationsräumen sowie Kurier- und Informationsaufgaben. Die meisten organisierten Gewerkschafter*innen wurden seit der Zerschlagung der freien Gewerk-



Stolperstein für Erna Gersinski

Nach der Machtübernahme der NSDAP im Jahr 1933 formierten sich in vielen Regionen rasch Widerstandsgruppen. Auf der Basis der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 verboten die Nazis umgehend die KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) als staatsfeindlich. Diese organisierte daraufhin ihre Weiterarbeit im Untergrund. Auch in Brandenburg existierte vielfältiger politischer Widerstand. In den ersten Jahren des NS-Regimes waren es vor allem Kommunist*innen und Sozialdemokrat*innen, die Widerstand leisteten und besonders stark der nationalsozialistischen Verfolgung und dem Terror ausgesetzt waren. Bereits im Sommer 1933 befanden sich etwa 15.000 kommunistische Funktionär*innen und Aktivist*innen in sogenannter Schutzhaft. Trotz der Unterdrückung veröffentlichte die KPD von 1933 bis 1935 im Untergrund ihr Zentralorgan „Die Rote Fahne“. Neben kommunistischen Gruppen engagierten sich auch sozialdemokratische Widerstandsgruppen, indem sie Flugblätter und Klebezettel mit

regimekritischen Botschaften verbreiteten, Wandparolen anbrachten und Menschen unterstützten, die aus rassistischen oder politischen Gründen verfolgt wurden. Solche Aktivitäten waren jedoch mit erheblichen Risiken verbunden: Wer entdeckt oder verraten wurde, musste mit Verhaftung, Misshandlungen, Inhaftierung in Konzentrationslagern oder sogar mit der Hinrichtung durch die Gestapo rechnen. Tausenden aus den Reihen des politischen Widerstands gelang die Flucht ins Ausland, von wo aus sie den Kampf gegen den Nationalsozialismus fortsetzten.

Dieser sah unterschiedlich aus: Nach 1939 ging es darum, weitere betriebliche Widerstandsgruppen aufzubauen, über den tatsächlichen Kriegsverlauf zu informieren, Verfolgte zu unterstützen und um Versuche der Sabotage der Rüstungsindustrie.

Aufgabe 1:

Lest die Biografie der Familie Leo und erstellt ein Plakat, das ihr später im World Café den anderen Gruppen vorstellt. Orientiert euch dabei an folgender Frage:

Was lässt sich über die Biografie der Person aussagen? Stellt ihre Lebensgeschichte dar. Geht dabei auf die Zeit vor, während und nach dem Nationalsozialismus ein.

Aufgabe 2:

Erklärt anhand der Biografien und unter Rückgriff auf den Infokasten, vor welchen Schwierigkeiten Menschen standen, die vor dem Nationalsozialismus zu flüchten versuchten. Haltet eure Überlegungen auf dem Plakat fest, um sie den anderen Gruppen im Rahmen des World Cafés erklären zu können.

Wilhelm Leo

Geburtsdatum

1886

Todesdatum

1945

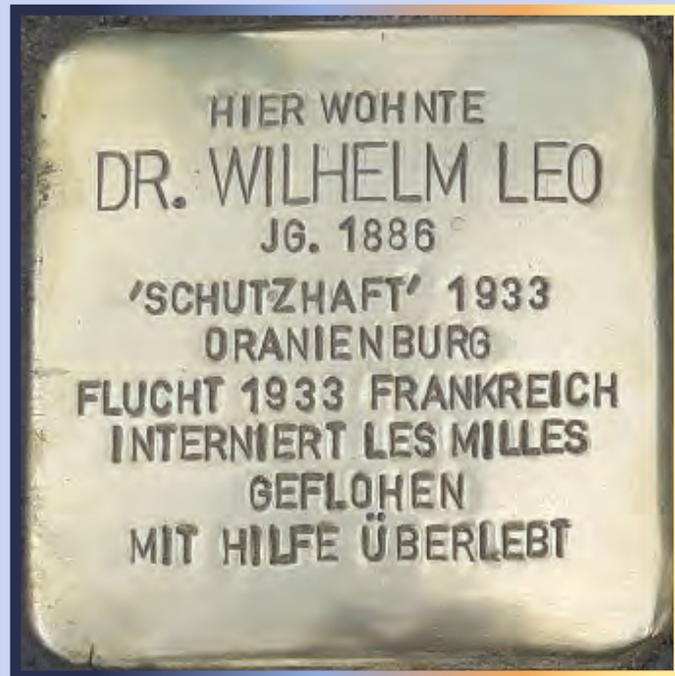
Verfolgung

Jude/Jüdin bzw.**jüdischer Abstammung**

Ort

Dr.-Martin-Henning Straße 32**16831 Rheinsberg**

Wilhelm Leo stammte aus einer jüdischen Familie, deren Wurzeln sich bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts zurückverfolgen lassen. Der Urahn Reib Leb Levin hatte es in Warschau als Goldschmied zu Reichtum gebracht. Er war ein begabter Mann, erfand neue Metalllegierungen und galt als Gelehrter. Als seinen Söhnen aus konfessionellen Gründen das Studium an der Warschauer Universität verwehrt wurde, zog die Familie nach Preußen – zunächst nach Danzig, später nach Berlin. Die Söhne der Familie studierten und wurden Ärzte und Anwälte, eine Tradition, auf die man in der Familie mit Stolz zurückblickte.



Stolperstein für Wilhelm Leo

Wilhelm Leo setzte diese Tradition in der Kaiserzeit und später in der Weimarer Republik fort. 1886 geboren, hatte er in Jena, Genf, London und Mailand Jura studiert und 1909 promoviert. Nach dem Ersten Weltkrieg trat er in Berlin in eine internationale Rechtsanwaltskanzlei ein.

Seine Frau Frieda Leo, geborene Warschau, entstammte mütterlicherseits einer alten protestantischen Kapitänsfamilie aus Hamburg. Im Hause Leo blühte das intellektuelle Leben: Der Opernsänger Karl Böhleke kam zu Besuch, ebenso der berühmte Dirigent Otto Klemperer, die Schriftsteller Alfred Döblin und Ludwig Marcuse.

Kurz nach der Machtübertragung an Hitler 1933 wurde Leo von der SA verhaftet und in das

Konzentrationslager Oranienburg verbracht. Erst nach Intervention des Schriftstellers Ernst Wiechert, mit dem die Familie Leo bekannt war und der anfangs von den Nationalsozialisten umworben wurde, kam Wilhelm Leo frei. Überlebende des KZ Oranienburg beschrieben nach Kriegsende schreckliche Erinnerungen der psychischen und körperlichen Gewalt, die sie im KZ Oranienburg erleben mussten. Auch Wilhelm Leo war nach seiner Freilassung aus dem KZ

KZ Oranienburg, Entlassung von Häftlingen



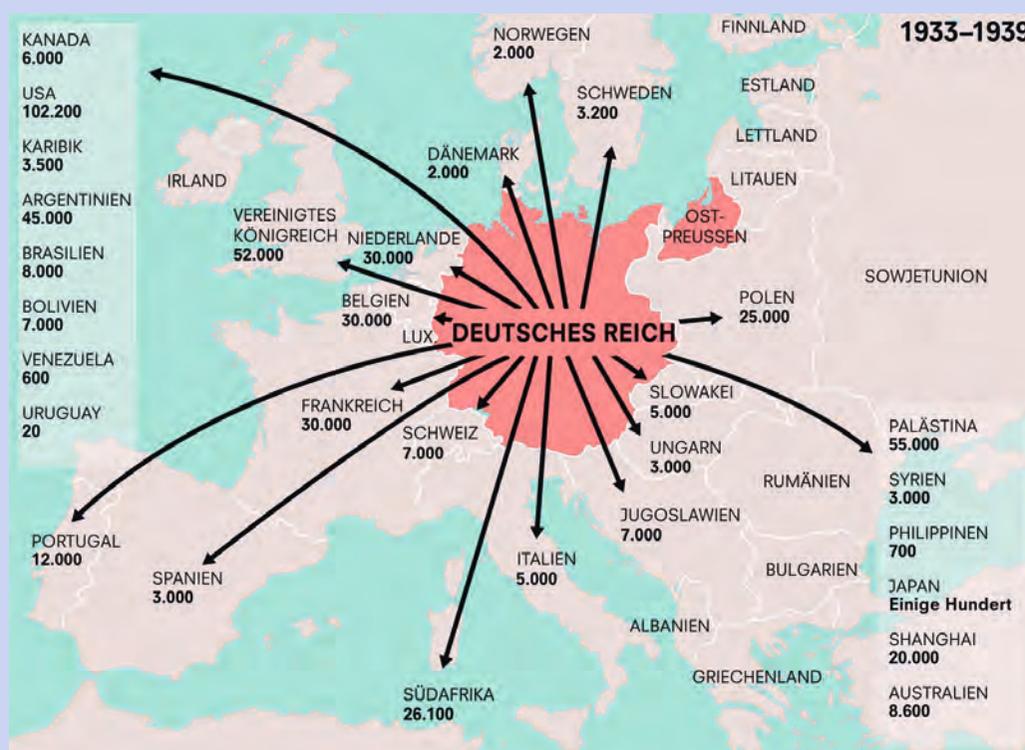
© Bundesarchiv Bild 183-K1129-506, CC-BY-SA 3.0

von seinen Erfahrungen derart geprägt, dass er versuchte, sich das Leben zu nehmen. Schon während ihr Mann im Konzentrationslager war, hatte Frieda mit den Vorbereitungen zur Flucht begonnen. Eine Flucht mit der ganzen Familie ohne gültige Pässe war jedoch unmöglich. So wurden die Töchter Ilse und Edith zunächst bei der nicht-jüdischen Großmutter mütterlicherseits in Hamburg untergebracht, später reisten sie den Eltern nach. Anfang September 1933 flüchteten Wilhelm, Frieda und Sohn Gerhard Leo aus Rheinsberg. Mit Hilfe eines Schleusers gelangten die Leos über die belgische Grenze, von dort schließlich nach Paris. Hier lebte die Familie Leo bis zum Ausbruch des Krieges 1939 – zunächst „zu dritt in einem miesen, kleinen Hotelzimmer“, später zu fünft mit den inzwischen eingetroffenen Schwestern in der „arrière-boutique“, dem Hinterstübchen der Buchhandlung, die der Vater bald betrieb.

Der Kriegsausbruch 1939 brachte für die Familie Leo eine erneute Wende. Während der Vater als „feindlicher Ausländer“ interniert wurde, gelang dem knapp 16-jährigen Gerhard die Flucht nach Südfrankreich. Hier schloss er sich der französischen Widerstandsbewegung gegen die Nazis, der Résistance, an. Ilse Leo und ihre Schwester Edith wurden im Juni 1940 ebenfalls interniert: Sie kamen in das Lager Gurs, das erste große französische Internierungslager, ca. 80 Kilometer von der spanischen Grenze entfernt. Ilse Leo, die vorher einen Kurs als Hilfskrankenschwester absolviert hatte, arbeitete hier als Kranken-

schwester. Im Lager traf sie ihren zukünftigen Ehemann, den jüdischen Arzt Heinz Pollak aus Wien. Mit Hilfe des katholischen Abbé Glasberg gelang es den beiden, Gurs zu verlassen und in der Nähe von Lyon in einem katholischen Krankenhaus zu arbeiten. Geschützt durch gefälschte Papiere, konnte Pollak der Inhaftierung wiederholt entgehen, später schloss er sich ebenfalls dem französischen Widerstand an. Edith floh aus Gurs und schlug sich nach Paris durch, wo sie der dort zurückgebliebenen Mutter zur Seite stand. Sie arbeitete als Deutschlehrerin bei der Berlitz-Sprachenschule. 1943 wurden Frieda und ihre Tochter Edith Leo zwangsweise nach Deutschland zurückgebracht.

Nach dem Kriegsende 1945 beantragte Gerhard Leo die Entlassung aus der französischen Armee. Mit Hilfe von Freunden in der Armee gelang es ihm, im Herbst 1945 mit Militärzügen nach Deutschland zurückzukehren. In Hamburg traf er seine Schwester Edith, die Mutter und die Großmutter wieder. Der Vater erlebte seine Rückkehr nach Deutschland nicht mehr. Wilhelm Leo, der sich nach dem Krieg gerne im Staatsdienst beim Wiederaufbau eines deutschen Rechtsstaats engagiert hätte, starb am 11. November 1945 in Paris.



Karte mit Emigrationszielen

Mit der Machtübertragung an die Nazis ab 1933 spitzte sich die antisemitische Stimmung in Deutschland immer weiter zu. Menschen, die von den Nazis als jüdisch angesehen wurden, waren immer häufiger Anfeindungen, gewalttätigen Übergriffen und Verfolgungen ausgesetzt. Vielen Menschen war klar: In Deutschland wird das Leben als jüdische Person unmöglich, und sie müssen vor der nationalsozialistischen Gewalt fliehen. Zwischen 1933 und 1937 verließen insgesamt rund 130.000 Jüdinnen*Juden das nationalsozialistische Deutschland. Es gab drei Auswanderungswellen: nach der Machtübertragung an die Nationalsozialist*innen 1933, nach dem Inkrafttreten der Nürnberger Gesetze 1935 und nach dem Novemberpogrom 1938. Zielländer waren vor allem die USA, Palästina (heute Israel) und Großbritannien.

Bis 1935 war die Emigration noch verhältnismäßig problemlos möglich. Die Nationalsozialist*innen förderten die Auswanderung von Jüdinnen*Juden aktiv, da sie diese als erfolgreiche Strategie ihrer Vertreibungspolitik ansahen. Nach dem Anschluss Österreichs 1938 wurden diese Bemühungen intensiviert und die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Wien unter Adolf Eichmann eingerichtet. Sie sollte einerseits die Auswanderung besser organisieren und andererseits die ausreisewilligen Jüdinnen*Juden noch effektiver finanziell ausbeuten.

Trotzdem wurden die Auflagen immer strenger, und die nationalsozialistischen Behörden stellten den jüdischen Flüchtenden viele bürokratische Hindernisse in den Weg. Wer emigrieren wollte, musste einen Pass bei der Polizei beantragen. Dieser wurde jedoch nur ausgestellt, wenn Unbedenklichkeitsbescheinigungen verschiedener Finanzämter nachwiesen, dass alle Steuern und die sogenannte Reichsfluchtsteuer entrichtet worden waren. Für ins Ausland überwiesenes Geld wurde eine Abgabe erhoben, die bis September 1939 auf 96 Prozent anstieg.

Es mussten außerdem eine Packerlaubnis beantragt und eine Liste des Umzugsguts erstellt sowie genehmigt werden. Für neu gekaufte Gegenstände fiel dabei eine Abgabe von bis zu 300 Prozent des Anschaffungswerts an.

Oftmals scheiterte die Auswanderung auch daran, dass sich eine der vorgeschriebenen Formalitäten verzögerte. Wer schließlich die Flucht schaffte, durfte lediglich 10 Reichsmark mitnehmen. Viele erreichten das Ausland verarmt, konnten dort ihre Berufe nicht mehr ausüben und waren auf die geringe Unterstützung jüdischer Hilfsorganisationen angewiesen.

Für die Flucht war ein Visum erforderlich, das ab Ende 1938 für viele Länder kaum noch erhältlich war. Auf der Konferenz von Évian berieten die Vertreter*innen von 32 Staaten und 71 Hilfsorganisationen über die Aufnahme von jüdischen Flüchtlingen. Das Ergebnis war niederschmetternd: Kaum ein Staat war mehr bereit, Jüdinnen*Juden aufzunehmen. Ab September 1939 verschärfte sich die Lage für Jüdinnen*Juden noch weiter. Nur wenige südamerikanische Staaten und Shanghai, wo kein Visum benötigt wurde, nahmen jüdische Geflüchtete auf.

Bis 1941 änderte sich die nationalsozialistische Strategie: Die Auswanderung sollte nicht mehr gefördert werden, stattdessen begannen die Nazis mit systematischen Deportationen. Am 23. Oktober 1941 verbot das NS-Regime die Emigration vollständig. Von diesem Zeitpunkt an sollten Jüdinnen*Juden nicht mehr vertrieben, sondern systematisch vernichtet werden.

Doch selbst eine erfolgreiche Flucht bedeutete nicht immer Sicherheit. Nach der Besetzung der Benelux-Staaten und Frankreichs durch die Wehrmacht im Jahr 1940 wurden viele dorthin geflüchtete Jüdinnen*Juden ebenfalls in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert und ermordet.

er V o r s t e h e r
ngsstelle Brandenburg

Berlin NW 40, den 18. November
Mit-Moabit 130

Aufgabe 1:

Was lässt sich über die Biografie der Person aussagen? Überlegt auch, ob es etwas gibt, was die Person ausmacht, ob sie eine besondere Eigenschaft besitzt.

Haltet ihre Lebensgeschichte auf einem Plakat fest, so dass ihr den anderen Gruppen darüber berichten könnt.

Aufgabe 2:

Erklärt, inwiefern die Familie Rosenthal von „Arisierungen“ betroffen war, und erläutert, welchen Zweck die Nazis mit diesen Maßnahmen verfolgten. Überlegt anhand der Quelle, welchen Zweck die in der Biografie genannte „Sicherungsanordnung“ gehabt haben könnte. Integriert die Antworten in euer Plakat, damit ihr den anderen Gruppen eure Überlegungen deutlich machen könnt.

Thema „Arisierung“ AG 5

anzuwenden und das Vermögen von Juden planmäßig
Verbringung ins Ausland zu sichern.
Zur Feststellung des gegenwärtigen Vermöge

Hugo Rosenthal

Geburtsdatum

1872

Todesdatum

26.5.1940

Ort

**Adolf-Damaschke-Straße 10
16540 Hohen Neuendorf**

Hugo Rosenthal arbeitete als Arzt in Hohen Neuendorf und war Vorsitzender der Freiwilligen Sanitätskolonne, einer Gruppe von Rettungshelfern. Ab 1938 wurde er zunehmend entrechtet und gedemütigt. Er starb im Mai 1940 an Herzschwäche.

Hugo Rosenthal wurde am 27. Februar 1872 geboren. Er wuchs in der Stadt Winzig in Niederschlesien im heutigen Polen auf. Von 1892 bis 1898 studierte er in München Medizin. Er heiratete Emma Schaefer, die aus einer jüdischen Familie aus Schlesien stammte. Unklar ist, ob Hugo Rosenthal in Winzig bereits evangelisch aufwuchs oder ob er später zum Christentum konvertierte. Der erste Sohn des Ehepaars, Rudolf, wurde im November 1902 in Wien geboren. Die Familie zog mehrfach um und ließ sich schließlich in Bodenteich im Kreis Uelzen nieder. Hier arbeitete Rosenthal als Arzt, ab 1905 in der Krieger-Sanitätskolonne. Die im November 1903 geborene Tochter Margarete starb im Alter von 15 Monaten. Am 29. Oktober 1904 wurde eine weitere Tochter, Elfriede, geboren.

Am 25. November 1905 zog die Familie nach Hohen Neuendorf bei Berlin. Nur wenige Tage später, am 29. November 1905, wurde Günter Rosenthal geboren, der jedoch auch früh im Alter von sechs Monaten starb. Das Ehepaar bekam sieben Jahre später noch ein weiteres Kind. Der am 13. Dezember 1912 in Hohen

© Stadtverwaltung Hohen Neuendorf



Porträt von Hugo Rosenthal

Neuendorf geborene Ernst Rosenthal überlebte als einziger aus der Familie das Kriegsende. In Hohen Neuendorf war Hugo Rosenthal ein hoch angesehener Bürger. Er war ab 1910 als Schularzt tätig und engagierte sich als Vorsitzender des Privatschulvereins „Höhere Knaben- und Mädchenschule e.V. zu Hohen Neuendorf“. 1906 war er Mitbegründer der Freiwilligen Sanitätskolonne des Deutschen Roten Kreuzes und fungierte über viele Jahre als deren Vorsitzender. Zum 25. Jahrestag der Gründung ehrte das Rote Kreuz Hugo Rosenthal mit einem Fackelzug zu seinem Haus und der Überreichung eines großen Fotoalbums. Emma Rosenthal war in der evangelischen Gemeinde und seit 1916 als Mitglied in der Evangelischen Frauenhilfe aktiv. Ernst Rosenthal folgte bald seinem Vater als Mitglied der Jugend in der Sanitätskolonne.



Stolperstein für Hugo Rosenthal

© Christian Michelides, CC BY-SA 4.0

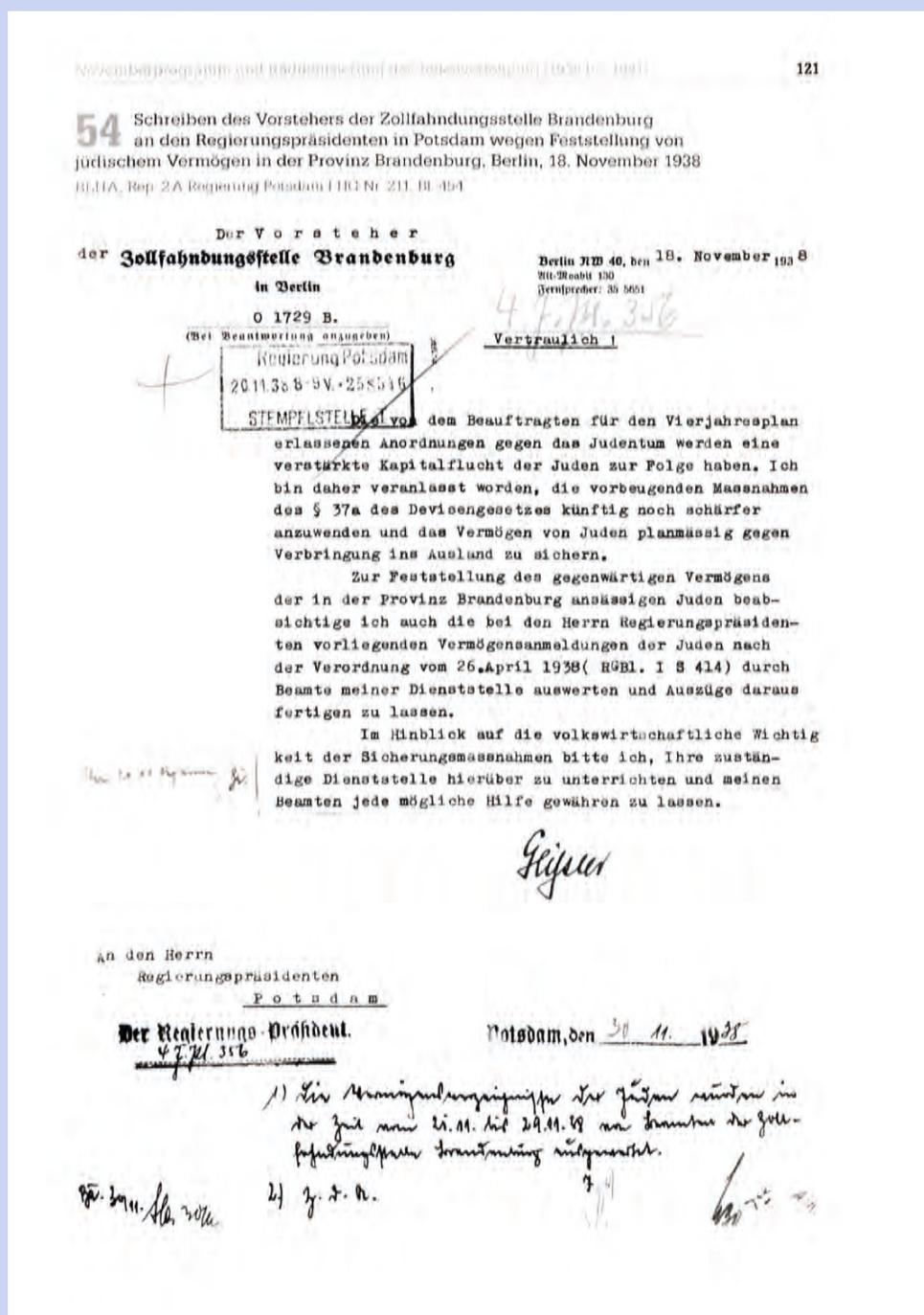
Nur kurz nach der Machtübertragung an die Nazis 1933 wurde Hugo Rosenthal aus dem Deutschen Roten Kreuz ausgeschlossen. Im September 1938 entzogen die Nazis ihm wie allen jüdischen Ärzt*innen in Deutschland das Berufsrecht. In der Reichspogromnacht am 9. November desselben Jahres zündeten Nazis das Auto der Rosenthals an, das völlig ausbrannte. Kurz darauf gelang Ernst Rosenthal mit finanzieller Hilfe seines Vaters die Flucht nach England. Den in Hohen Neuendorf verbliebenen Familienmitgliedern untersagten die Nazis am 12. Januar 1939 durch eine sogenannte Sicherungsanordnung die Verfügung über ihr Vermögen. Nachdem ein jüdischer Widerstandskämpfer am 7. November 1938 einen hochrangigen Nazi-Funktionär in Paris getötet hatte, verlangte das Nazi-Regime eine „Sühneleistung“ von einer Milliarde Reichsmark von der jüdischen Bevölkerung Deutschlands. Für Hugo Rosenthal setzten die Nazis einen Betrag von 2.800 Reichsmark fest. Als er nicht zahlen konnte, wurde er dazu gezwungen, sein Hausgrundstück zu verkaufen. Daraufhin musste Rosenthal im Souterrain des Hauses zur Miete wohnen und trotz eines schweren körperlichen Leidens als Heizer im Haus arbeiten. Am 31. Juli 1939 starb Elfriede Rosenthal in ihrem Elternhaus an einer Bauchfellentzündung, nachdem die Nazi-Behörden die notwendige Operation untersagt hatten. Sie wurde auf dem evangelischen Friedhof beigesetzt.

Hugo Rosenthal starb am 26. Mai 1940 im Jüdischen Krankenhaus in Berlin an Herzschwäche. Sein Grab befindet sich an zentraler Stelle auf dem Gemeindefriedhof in Hohen Neuendorf. Emma Rosenthal nahm sich am 5. März 1943, kurz nach ihrer Ankunft in dem Sammellager Gerlachstraße in Berlin, mit Zyankali das Leben. Ernst Rosenthal überlebte in England und starb 1990.

1996 ließ die Stadtverwaltung das Grab von Hugo Rosenthal vom Evangelischen Friedhof entfernen, was zu öffentlicher Kritik führte. Am 24. November 2005 wurde die Oberschule im Ort auf Antrag der Schulleitung nach Hugo Rosenthal benannt. Am 11. Oktober 2011 wurden drei Stolpersteine vor dem Haus in der Adolfdamaschke-Straße 10 verlegt. In der evangelischen Kirche erinnert an der Säule, hinter der sie versteckt dem Gottesdienst beiwohnte, eine Gedenktafel an Emma Rosenthal.



Schreiben der Zollfahndungsstelle Brandenburg an den Regierungspräsidenten in Potsdam, 1938: Das Vermögen von Jüdinnen*Juden soll festgestellt werden. Weitere „Sicherungsanordnungen“ über Vermögensverfügungen folgen.



Unmittelbar nach der Machtübertragung an die NSDAP am 30. Januar 1933 begann das NS-Regime mit der sogenannten „Arisierung“. Für Jüdinnen*Juden bedeutete das ihre Zwangsenteignung zugunsten von nicht-jüdischen Deutschen (sogenannten „Ariern“), bei gleichzeitiger kontinuierlicher Einschränkung ihrer Arbeitsmöglichkeiten. Ergebnis dieser Bemühungen waren die Entfernung von Jüdinnen*Juden aus dem Berufs- und Wirtschaftsleben und die damit erzwungene Übertragung ihres Vermögens auf nicht-jüdische Deutsche.

Die „Arisierung“ wurde zudem durch Beschlagnahmungen und Zwangsverkäufe durchgesetzt, ebenfalls durch Nötigungen bis freiwilligen Verkauf unter Wert, dem sich eingeschüchterte jüdische Unternehmer*innen beugen mussten. Selten kam es zu einem tatsächlich angemessenem Handel.

Im Zuge der „Arisierung“, die im Verlauf der 1930er Jahre massiv ausgeweitet wurde, enteigneten die Nationalsozialist*innen bis 1938 etwa 60 Prozent der jüdischen klein- und mittelständischen Unternehmen. Dazu gehörten insbesondere Warenhäuser, Arzt*innen- und Anwalt*innenpraxen, Werkstätten und Geschäfte.

Auch großindustrielle Unternehmen und Kreditinstitute, die bis 1938 aufgrund wirtschaftlicher Erwägungen von Jüdinnen*Juden weitergeführt werden konnten, wurden mit der „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ vom 12. November 1938 enteignet. Diese Verordnung markiert den vollständigen wirtschaftlichen Ausschluss von

Jüdinnen*Juden und ist von wesentlicher Bedeutung für die Umsetzung der „Arisierung“. Im Verlauf wurden jüdische Gesellschafter*innen und Teileigner*innen aus den entsprechenden Vorständen ausgeschlossen, sie mussten ihre Anteile unter viel zu niedrigem Wert verkaufen und schließlich wurden alle jüdischen Unternehmen zwangsgeschlossen. Aufgrund des fast alle Bereiche betreffenden Berufsverbots konnten Jüdinnen*Juden ihren Lohn nicht mehr erwirtschaften. Auch Wertgegenstände mussten zu festgelegten Niedrigpreisen bei staatlichen Stellen eingetauscht werden. Soziale Absicherungen wie Renten, Pensionen und Versicherungen wurden Jüdinnen*Juden vollständig abgesprochen. Daran verdiente das Deutsche Reich: Neun Prozent der Reichseinnahmen von 1938/39 sind auf diese „Arisierungslösungen“ zurückzuführen. Die „Arisierung“ erfuhr insbesondere in Kleinstädten Unterstützung. Denn nicht-jüdische Kleinunternehmer*innen wie Geschäftsinhaber*innen, Arzt*innen und Anwalt*innen profitierten wirtschaftlich von den Berufsverboten und Betriebsschließungen.

Aufgabe 1:

Lest die Biografie der Familie Wollmann und erstellt ein Plakat, das ihr später im World Café den anderen Gruppen vorstellt. Orientiert euch dabei an folgender Frage:

Was lässt sich über die Biografie der Familie Wollman aussagen?

Stellt ihre Lebensgeschichte dar. Überlegt auch, ob es etwas gibt, was die Personen ausmacht, ob sie eine besondere Eigenschaft besitzt.

Aufgabe 2:

Arbeitet zusätzlich heraus, von welchen verschiedenen antisemitischen Maßnahmen die Familie Wollmann betroffen war. Dabei solltet ihr auch das Zitat von Heinz Wollmann berücksichtigen. Erklärt dann unter Rückgriff auf den Infokasten, warum es sich bei dem, wie das NS-Regime die Familie Wollmann behandelte, um rassistisch begründeten Antisemitismus handelt.

Familie Wollmann

Ignatz Wollmann wurde 1891 in Minsk geboren. Er war Schuhmacher und kam 1914 als russischer Kriegsgefangener nach Frankfurt (Oder). Als Leiter der Handwerkerstube lernte er im Kriegsgefangenenlager den Lagerkommandanten Freiherr von Waldenfels kennen. Dieser setzte sich nach Wollmanns Entlassung für dessen Einbürgerung ein. Im November 1918 zog Ignatz Wollmanns Verlobte Esfira Esther Kowarskaja aus Witebsk in Russland zu ihm nach Frankfurt (Oder). Nach der Hochzeit eröffnete Wollmann in Frankfurt eine eigene Maßschneiderei in der Kleinen Scharrnstraße 6. 1919 kam ihr Sohn Max, 1920 ihr Sohn Heinz zur Welt. Die Familie zog mehrmals um, zunächst in die Große

Scharrnstraße 80, 1925 in ein größeres Haus in derselben Straße. Sieben Angestellte, ein Buchhalter sowie Ignatz und Esfira Esther Wollmann arbeiteten in dem Geschäft, das neben Anzügen, Hemden und Krawatten auch Damenmode führte. 1926 wurde der dritte Sohn Martin geboren. 1931 kaufte Ignatz Wollmann ein großes Wohn- und Mietshaus in der Bardelebenstraße 10. Mit Freiherr von Waldenfels pflegte er eine enge Freundschaft, dieser kam häufig zum Schabbat zu Besuch. Als ein Besuch an einem Wochenende ausblieb, fand Heinz Wollmann den Freund der Familie tot in dessen Wohnung auf. Der Antrag auf Einbürgerung Ignatz Wollmanns wurde 1931/32 abgelehnt.

Stolpersteine für Familie Wollmann

© Sebastian Wallroth, CC BY 4.0



Am 1. April 1933 führten die Nazis eine deutschlandweite Boykottaktion gegen Geschäfte mit jüdischen Inhaber*innen durch. Die Scheiben von Wollmanns Geschäft wurden eingeschlagen, Kund*innen von SA-Männern am Betreten gehindert. Ignatz Wollmann entließ in der Folge seine Angestellten und führte das Geschäft nur noch im kleinen Rahmen weiter. Auch die Kinder betraf der Antisemitismus. Heinz Wollmann wurde in der Mittelschule von Mitschülern verprügelt, woraufhin Ignatz ihn von der Schule nahm. Doch auch auf einem Privatschulungsgymnasium wurde Heinz schikaniert, so dass er den Plan, das Abitur zu machen, aufgab und stattdessen eine Lehrstelle als Elektroingenieur suchte. Da sich in Frankfurt jedoch kein Meister fand, der bereit war, einen Juden einzustellen, ging er nach Cottbus. Hier absolvierte Heinz die Probezeit und bekam einen Lehrvertrag auf drei Jahre. Juden wurden an der Berufsschule jedoch nicht mehr akzeptiert. Notgedrungen ging Heinz Wollmann zurück nach Frankfurt, wo er beim Vater das Schneiderhandwerk erlernte. Heinz älterer Bruder konnte das Abitur am Friedrichsgymnasium noch absolvieren und ging gleich nach Abschluss nach Palästina.

Im Zuge des Novemberpogroms 1938 drangen am Morgen des 10. Novembers SS-Männer in die Wohnung der Wollmanns ein und demolierten die Einrichtung. Als die Nazis Esfira Esther Wollmann schlagen wollten, ging ihr Sohn Heinz dazwischen. Die SS verhaftete die Familie daraufhin und brachte sie ins Gefängnis an der Oder. Auf dem Weg sahen sie, wie die Synagoge in Flammen stand. Zwei Tage später wurde Heinz Wollmann neben vielen anderen Frankfurter Jüdinnen*Juden in das KZ Sachsenhausen verschleppt. Bei der Ankunft wurde er verprügelt und ihm wurden die Haare geschoren. Im Klinkerwerk bei Sachsenhausen musste er daraufhin Zwangsarbeit verrichten und brach aufgrund der Verletzungen durch die Schläge bald zusammen. Ein Wachposten schlug ihm zur Strafe mit einem Gewehrkolben das Gesicht ein. Der Mitgefangene Pastor Martin Niemöller versteckte und versorgte den schwer Verletzten tagsüber nach dem Appell in seiner Baracke. Durch Beziehungen kam Heinz Wollmann im Februar 1939 zunächst frei.

In Frankfurt (Oder) musste sich Heinz Wollmann jeden Tag bei der Gestapo melden, von der er oft misshandelt wurde. Um die Familie zu retten,

überschrieb Esfira Esther Wollmann das Haus an einen benachbarten Nazi-Offizier, der ihr im Gegenzug die Ausreise der Familie versprach. Am Tag der Abreise, dem 3. März 1939, musste die Familie jedoch den neunjährigen Sohn Martin allein in Berlin zurücklassen. Mit 3.000 Reichsmark sorgte sie für seine Ausbildung und, mit Unterstützung der jüdischen Hilfsorganisation Jugend-Alijah, für seine Ausreise mit einem Kindertransport nach Palästina. Die übrigen vier Wollmanns flüchteten nach Dubrovnik und von dort aus mit einem Dampfer nach Palästina. Ignatz Wollmann konnte in Tel Aviv am Rothschild Boulevard erneut eine Schneiderei eröffnen, seine Söhne zogen nach und nach in die gemeinsame Wohnung. 1943 heiratete Heinz Eva Byck aus Hamburg. Sie bekamen drei Kinder. Heinz Wollmann war infolge der Verletzung im KZ auf einem Auge erblindet. Er arbeitete nach dem Krieg als Tonassistent und war als Produktionsleiter an der Einrichtung eines Büros der ARD in Tel Aviv beteiligt. Anders als seine Brüder fühlte er sich weiterhin mit Deutschland verbunden und beantragte deswegen 1956 die Einbürgerung. Obwohl seine Frau die deutsche Staatsangehörigkeit besaß und als Ehemann ein Rechtsanspruch bestand, wurde sein Gesuch mit Verweis auf die gescheiterte Einbürgerung des Vaters im Jahr 1931/32 abgewiesen.

Der jüngste Bruder Martin Wollmann ging 1948 in die USA, wo er Medizin studierte und ein bekannter Herzchirurg wurde. 1963 starb Esfira Wollmann nach langer Krankheit, 1971 erlag der Bruder Max Wollmann einem Gehirnschlag. Er hatte zunächst bei dem britischen Corps of Royal Engineers in Ägypten gearbeitet und war später Teilhaber einer Fabrik in Tel Aviv geworden. Ignatz Wollmann heiratete nach dem Tod seiner Frau erneut und starb schließlich 1980. Martin Wollmann starb nach langer Krankheit im Jahr 1994, Heinz Wollmann starb im Jahr 2003.

Am 24. März 2015 wurden in der Bardelebenstraße 10 in Frankfurt (Oder) fünf Stolpersteine in Erinnerung an die Familie Wollmann verlegt.



Bericht von Heinz Wollmann

„Ich war immer einer von den guten Schülern, bis 1933. Plötzlich ließen mich meine Mitschüler merken, daß es ihnen verboten war, mit mir zu verkehren. Die Kinder weigerten sich, mit einem Juden auf derselben Bank zu sitzen. So mußte ich allein in der ersten Reihe sitzen. In der Pause durfte ich nicht auf den Schulhof gehen, und auf dem Heimweg lauerten mir oft mehrere Kinder auf und verprügelten mich. Mit der Zeit fingem auch die meisten Lehrer an, mich zu pisa-cken. Keine meiner Schulaufgaben war mehr gut, jede Antwort war falsch, und was ich nur machte, war schlecht. Der Französisch-Lehrer P. zog mich an den Schläfenhaaren und nannte mich nur noch: ‚Wollmann, der Jude!‘ Er beschimpfte mich: ‚Sie sind ein Idiot, ein jüdischer Idiot!‘“

Aus: Carsten R. J. Höft: Projekt Stolpersteine Frankfurt (Oder) – Schicksale und Verlegungsorte für die jüdischen Mitbürger und politisch Verfolgten der Stadt Frankfurt (Oder), Frankfurt (Oder) 2015.

Der Antisemitismus stellte eine der Grundlagen des nationalsozialistischen Weltbilds dar: Die Nationalsozialist*innen propagierten rassistische Theorien, denen zufolge Jüdinnen*Juden einer anderen „Rasse“ angehörten. Sie strebten eine Trennung zwischen sogenannten „Ariern“ und „Nichtariern“ an. Jüdinnen*Juden wurden allein aufgrund ihrer angeblichen Zugehörigkeit zu dieser „Rasse“ als schädlich für die Gesellschaft erachtet. Mit dieser Argumentation legitimierten die Nationalsozialist*innen die Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung von Millionen von Menschen.

Unmittelbar nachdem die politische Macht in Deutschland an die Nationalsozialist*innen übertragen worden war, begannen sie damit, Jüdinnen*Juden aus der Gesellschaft auszugrenzen. Am 1. April 1933 erfolgte eine durch die Nationalsozialist*innen vorbereitete Boykottaktion gegen jüdische Geschäfte, Kaufhäuser, Anwalt*innenkanzleien und Arzt*innenpraxen. In der Folge erließen sie zahlreiche antisemitische Bestimmungen, die das Ziel hatten, Jüdinnen*Juden aus dem öffentlichen Leben herauszudrängen. Dazu gehörte z. B. auch die Möglichkeit, Jüdinnen*Juden auszubürgern oder sie vom Staatsdienst auszuschließen.

Mit den Nürnberger Gesetzen von 1935 wurden Jüdinnen*Juden schließlich auch auf gesetzlicher Ebene als Menschen zweiter Klasse definiert. So waren von nun an die Ehe bzw. der Geschlechtsverkehr zwischen „Ariern“ und „Nichtariern“ verboten.

Die nächste Stufe erreichte die antisemitische Gewalt mit dem Novemberpogrom. In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 fanden im ganzen Land antisemitische Ausschreitungen statt. Etwa 100 Jüdinnen*Juden wurden ermordet, Hunderte Synagogen angezündet und Tausende jüdische Geschäfte geplündert und demoliert. Im Anschluss an dieses Pogrom erfolgte eine Reihe weiterer antisemitischer Maßnahmen, mit denen Jüdinnen*Juden endgültig jeder Existenzgrundlage beraubt wurden. Außerdem wurden im Rahmen des Novemberprogroms Zehntausende jüdische Männer in Konzentrationslager verschleppt. Es bildete damit auch den Auftakt für die systematische Ermordung von Millionen von Jüdinnen*Juden in den nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern.

Aufgabe 1:

*Was lässt sich über die Biografie der Person aussagen?
Haltet ihre Lebensgeschichte auf einem Plakat fest, so dass
ihr den anderen Gruppen darüber berichten könnt.
Überlegt auch, ob es etwas gibt, was die Person ausmacht, ob
sie eine besondere Eigenschaft besitzt.*

Aufgabe 2:

*Der Zionismus bezeichnet die Bewegung, die auf die Errichtung
eines jüdischen Staates abzielt. Erklärt, warum diese Bewegung
im Verlauf der 30er Jahre an Auftrieb gewann. Integriert die
Antwort in euer Plakat, damit ihr diesen Zusammenhang den
anderen Gruppen erklären könnt.*

Joachim Simon

Geburtsdatum

1919

Todesdatum

23.1.1943

Verfolgung

**Jude/Jüdin bzw. jüdischer
Abstammung**

Ort

**Halbe Stadt 5
15230 Frankfurt (Oder)**

Joachim Simon wurde 1919 in Berlin geboren. Als er ein Jahr alt war, starb seine Mutter. Da sein Vater Zionist war, ging er zusammen mit seinem älteren Bruder Jakob in die Jüdische Vorschule, wo er schon früh Hebräisch lernte. In den Ferien besuchten sie oft die Großeltern sowie ihre Tante Aronheim, die in der Halben Stadt, einem Straßenzug in Frankfurt (Oder), lebten. 1926 ging Joachim, der „Schuschu“ gerufen wurde, auf eine zionistische Schule in Berlin, ab 1929 wechselte er dann vermutlich auf das Französische Gymnasium in Berlin. Etwa zu der Zeit trat er der Kindergruppe einer zionistischen Jugendbewegung bei. Joachim legte in dieser Zeit seinen biblischen Geburtsnamen ab und nannte sich nur noch „Jachin“ oder „Schuschu“.

Im Frühjahr 1933 gingen bereits viele von Jachin Simons Freunden aus der Gruppe nach Palästina, weswegen er sich zunehmend einsam und isoliert fühlte. Ende 1933 heiratete Jachins Vater



Joachim „Schuschu“ Simon und Sophie „Adina“ van Coevorden, 1942

eine nicht-jüdische Frau und zog von Berlin nach Werder (Havel). Jakob Simon ging, nachdem er sein Abitur abgeschlossen hatte, auf Hachschara in Frankreich, wo die Jugendlichen durch landwirtschaftliche Ausbildung auf das Leben im Kibbuz vorbereitet wurden. Da Jachin Simon in Werder keine Schule besuchen konnte, zog er zunächst zu den Großeltern und der Tante nach Frankfurt. Hier besuchte er das Friedrichsgymnasium, wo heute auch eine Tafel an ihn erinnert und wo er großes Interesse an der humanistischen Ausbildung sowie an Mathematik und Naturwissenschaften entwickelte.

1935 starb der Vater. Jakob Simon ging 1937 nach Israel in einen Kibbuz und hatte fortan nur noch brieflichen Kontakt mit seinem Bruder. Auch Jachin Simon hatte die Möglichkeit, nach Palästina zu gehen, lehnte jedoch ab, weil er zunächst wie sein Bruder die Hachschara abschließen wollte. Nach seinem Abitur 1937 kam er so nach Ellgut in Schlesien in eine neue zionistische Gemeinschaft.

Im November 1938 wurde Ellgut durch die Nationalsozialist*innen aufgelöst. Jachin Simon wurde mit den anderen Jugendlichen nach Buchenwald verschleppt. Nur durch den Einsatz seiner

nicht-jüdischen Stiefmutter mit familiären Kontakten zur NSDAP gelang es, die Gruppe nach einigen Wochen freizubekommen.

Im Januar 1939 ging Jachin Simon auf Hachschara nach Holland. Bei der Hechaluz-Bewegung wurde er aufgrund seiner guten Hebräisch-Kenntnisse und seiner intellektuellen Fähigkeiten auch in der Ausbildung von Jugendlichen eingesetzt. Als die Niederlande 1940 durch Nazi-Deutschland besetzt wurden, arbeitete Jachin weiter in der Zentrale der Organisation sowie als Erzieher und Lehrer. Später wurde er Leiter der Jugendabteilung des Loosdrechtse Rade in Loosdrecht, einem Heim für jüdische Kinder und Jugendliche aus Deutschland.

Im August 1942 heiratete er ein Mitglied der Gruppe, Adina van Coevorden, und begann, mit ihr nach Fluchtmöglichkeiten für die Kinder zu suchen. Dank der Hilfe durch das nicht-jüdische Ehepaar Joop und Wil Westerweel konnten sie zunächst außerhalb des Heims untergebracht werden. Im Dezember 1942 gelang Adina der Übertritt in die Schweiz, wo sie bei Freund*innen aufgenommen wurde. Jachin Simon blieb zurück, um weitere Kinder und Jugendliche zu

retten. Es gelang schließlich, einzelne Gruppen mit Hilfe von Schleuser*innen über die Pyrenäen zu bringen. Als Jachin Simon im Januar 1943 von einer Rettungsaktion in die Niederlande zurückkehrte, wurde er von der Polizei festgesetzt, die ihn an die Gestapo auslieferte. Einen Tag später, am 23. Januar 1943, wurde er tot in seiner Zelle im Internierungslager Breda aufgefunden. Joachim/Jachin „Schuschu“ Simon gelang es, dutzende Kinder und Jugendliche zu retten. Viele der Söhne der Überlebenden tragen heute in Erinnerung an ihn den Namen „Jachin“, der sonst nur äußerst selten vorkommt. 1947 pflanzten Überlebende den Westerweel-Wald an einem der Hänge des Berges Ephraim in Galiläa auf dem Gebiet des heutigen Israels. Hier findet sich sein Name an einem Denkmal für die Palästina-Pioniere.

In Frankfurt (Oder) wurden sowohl in der Gubener Straße 13a als auch in der Straße Halbe Stadt 5 Stolpersteine für Joachim Simon verlegt.



Loosdrechtse Rade in Loosdrecht, Heim für jüdische Kinder und Jugendliche aus Deutschland

Die zionistische Bewegung sah Jüdinnen*Juden als eigene Nation und wollte einen jüdischen Nationalstaat im Nahen Osten errichten. Statt der Identifikation von Jüdinnen*Juden mit ihren jeweiligen Heimatländern stellte sie die eigenständige jüdische Tradition, Geschichte, Kultur und die historische Heimat in Palästina heraus. Mit der Zunahme antisemitischer Maßnahmen unter dem NS-Regime stießen zionistische Bestrebungen unter deutschen Jüdinnen*Juden auf größere Resonanz. Um die Entwicklung eines jüdischen Nationalbewusstseins zu fördern, gründete die zionistische Bewegung Hachschara-Zentren. Dort wurde insbesondere Jugendlichen das Leben in Kibbuzim in Palästina nahegebracht. So sollten Jüdinnen*Juden in ihrer Entscheidung, nach Palästina zu ziehen, unterstützt werden.

Bis zum Auswanderungsverbot im Oktober 1941 konnten mehr als 53.000 Jüdinnen*Juden nach Palästina emigrieren – etwa zehn Prozent der deutschen Jüdinnen*Juden.

Leitfrage für Pro- und Contra-Debatte:

Stellen Stolpersteine eine gelungene Form des Gedenkens an die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung dar?

Leitfrage für offene Diskussion:

Stellen die Stolpersteine in euren Augen eine gelungene Form des Gedenkens an die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung dar? Falls ja: Warum? Falls nein: Welche Form des Gedenkens findet ihr angemessener?

Aufgabe:

Setzt euch mit den Argumenten in D1 und D2 auseinander und erarbeitet begründete Positionen für die Beantwortung der Leitfrage („Stellen Stolpersteine eine gelungene Form des Gedenkens an die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung dar?“). Diese sollt ihr in der Debatte vortragen.

Behaltet im Kopf: Es geht bei der „Pro- und Contra-Debatte“ nicht um eure eigene Meinung zu der Leitfrage. Vielmehr sollt ihr die Argumente vertreten, die ihr in den Texten D1 und D2 findet.

D1: Wem gehört die Erinnerung?

[München verweigerte] die Genehmigung, Stolpersteine auf öffentlichem Grund zu verlegen. Der Bürgermeister ... gab der Befürchtung Ausdruck, das Projekt führe zu einer „Inflationierung der Gedenkstätten“. Das Hauptargument gegen die Aktion lautete, durch die Platzierung der Stolpersteine auf dem Gehweg würde das Ansehen der Toten im buchstäblichen Sinne des Wortes mit Füßen getreten, also beschmutzt. (...) In die gleiche Richtung ... argumentiert in Hamburg die „Rom und Cinti Union e.V.“, wenn es um Stolpersteine für Angehörige ihrer Volksgruppe geht. (...) [Der Verein] verweist auf den traditionellen jährlichen Gedenktag am 16. Mai, dem sich jeder anschließen könne, der an ermordete Roma und Sinti erinnern wolle. (...) Ein anders gelagertes Problem stellt die Einbeziehung von Angehörigen der Ermordeten dar. (...) [Es] geschieht in manchen Fällen, dass Verwandte die Nachricht von der Steinverlegung aus der Zeitung erfahren und ablehnend reagieren. Manche wollen schlicht ihre Trauer nicht mit einer diffusen „Öffentlichkeit“ teilen, sondern sie im privaten, nichtöffentlichen Raum belassen. (...)

In einem ... Fall meldete sich die Tochter aus einer geschiedenen Mischehe schriftlich, nachdem sie eine Pressenotiz über die Stolperstein-Verlegung für ihre Großmutter gelesen hatte. Sie bestand auf schneller, geräuschloser Entfernung des Steins und Löschung aller über diese vielleicht gesammelten biografischen Informationen. Begründung: Die Großmutter, ein Opfer der NS-Rassenverfolgung, solle nicht heute in der Öffentlichkeit als solches präsentiert werden. Damit würde sie ein zweites Mal

entwürdigt. Der Stein wurde entfernt. (...) Initiieren dritte Personen oder Gruppen eine Steinverlegung, kommt es manchmal zu Konflikten, die im Zusammenhang mit einem zentralen Mahnmal gar nicht entstehen können. Es geht, überspitzt gesagt, um die Frage: „Wem gehört eigentlich das NS-Opfer?“ Denen, die bemüht sind, an das NS-Unrecht zu erinnern? Oder den Verwandten des oder der gewaltsam zu Tode gekommenen?

Quelle: Beate Meyer: Stolpersteine in Hamburg – Individualisiertes Erinnern in alltäglichen Lebensräumen, in: Miriam Gillis Carlebach, Barbara Vogel (Hg.): „Mein Täubchen aus dem Felsenspalt, im Hohlort des Berghanges, lass dein Antlitz mich schauen, deine Stimme mir ertönen“. Die achte Joseph Carlebach-Konferenz, München 2011, S. 77 – 80.

D2: Über Sprache stolpern

Dies ist die Geschichte einiger Stolpersteine. Jener Messing-Gedenktafeln, zehn mal zehn Zentimeter groß, zwei Kilo schwer, 120 Euro teuer das Stück. Anfangs glänzend, später matt und abgetreten, sind sie ins Trottoir eingelassen, tragen Namen, Lebensdaten und Sterbeort von Opfern des Nazi-Regimes. Erfunden hat das Ganze vor 20 Jahren der Kölner Künstler Gunter Demnig, und die Idee eines so breitenwirksamen Gedenkens hat inzwischen Hochkonjunktur: Rund 48.000 Stolpersteine liegen derzeit in Deutschland und 17 weiteren europäischen Ländern.¹ Sie gelten vielen als Gedenktafeln – eine Kunst auf der Schwelle zur Erinnerungskultur und gerade deshalb so genial und so pikant.

Denn wer sich der Daten realer Menschen bemächtigt, eröffnet einen anderen Diskurs als einer, der nur schöne Bilder malt. Außerdem ist so ein Stein klein, weshalb gut umzugehen ist mit dem Platz; es ist eine Mini-Vita für den eiligen Passanten, da muss jedes Wort sitzen.

Aber das tut es bei Demnig nicht immer, und hier beginnt die Geschichte des Hamburger Stolpersteins, der 2011 im Stadtteil St. Georg für Erna Lieske verlegt wurde und den ihre Enkelin Liane kürzlich entdeckte. Angeregt hatte den Stein ein anonymer Spender – eine Praxis, die üblich ist unter Peter Hess, jenem Ehrenamtler, der das Stolpersteinprojekt 2002 nach Hamburg holte. (...)

4.706 Steine gibt es dort inzwischen², die Opfergruppen haben sich von Juden über Homosexuelle und Zwangsarbeiter auf Menschen erweitert, die den Nazis als „Asoziale“ galten – Prostituierte, Hausierer, Bettler und Kleinkriminelle, die die Nazis „Gewohnheitsver-

brecher“ oder „Volksschädling“ nannten oder der „Rassenschande“ bezichtigten. Sie waren Opfer der NS-Justiz und nicht wie die Juden der NS-Rassenideologie.

Diesen Unterschied wollte Gunter Demnig auf den Stolpersteinen zeigen – allerdings wählte er eine umstrittene Form: In einfachen Anführungszeichen hat er den Verurteilungsgrund im Vokabular der Nazi-Justiz wiederholt. ‚Gewohnheitsverbrecherin‘ stand also auf dem Hamburger Stein für Erna Lieske.

„Als ich das sah, war ich total geschockt“, sagt Enkelin Liane. „Wie kann man ausgerechnet auf einem Gedenkstein die Sprache der Täter verwenden?“ Und die Diffamierung der Nazis fortsetzen, in die sich die Enkelin plötzlich mit hineingesogen fühlte. Denn Liane Lieske wohnt im selben Stadtteil, nicht weit vom Stein, fühlte sich bloßgestellt und dachte: Jetzt kann jeder sehen, meine Großmutter war eine sogenannte Gewohnheitsverbrecherin, und das ist ohne mein Einverständnis öffentlich gemacht worden. (...) Im taz-Telefonat sagt Demnig, seine Texte seien gerechtfertigt: „Diese NS-Ausdrücke stehen in Parenthesen – und jeder normale Mensch begreift, da stimmt was nicht.“ Auf die Anmerkung, dass er bei den rassistisch Verfolgten den Grund auch nicht auf den Stein schreibe, sagt er: „Soll ich etwa schreiben, der war Jude?“ Im Übrigen habe er keine Zeit, mit den Angehörigen zu diskutieren. „Wenn die empfindlich sind, müssen die sich vielleicht selbst mal damit befassen und überlegen, wie das gemeint ist.“ Texte über Nazi-Unrechtsurteile könne man schließlich überall finden. Ein kostenloser Austausch beanstandeter Steine komme nicht infrage.

1 Die hier genannten Zahlen sind nicht mehr aktuell: Mittlerweile wurden mehr als 100.000 Stolpersteine in vielen verschiedenen Ländern verlegt. In Brandenburg liegen 1.300 Stolpersteine.

2 Auch diese Zahl ist nicht mehr aktuell – mittlerweile gibt es in Hamburg mehr als 6.400 Stolpersteine.

D2: Über Sprache stolpern

Da erinnert sich Demnig plötzlich, den Lieskestein ersetzt zu haben – zum Materialpreis. Peter Hess sagt allerdings, ein neuer Pate habe die gesamten 120 Euro bezahlt.

Quelle: Petra Schellen: Über Sprache stolpern. In: tageszeitung, 20.10.2014, online unter: www.taz.de/Erinnerung-an-NS-Opfer/!5030666/, abgerufen am 29.11.2024.

Das ist löblich, aber das Demnig'sche Sprachproblem bleibt. Denn allein in Hamburg liegen mindestens zwei weitere Stolpersteine mit NS-Vokabular: Bei Gertrud Jachinski steht ‚Rassenschande‘ – ein Ausdruck, mit dem die Nazis sexuelle Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden brandmarkten. Auf Erna Müllers Stolperstein prangt ‚Gewohnheitsverbrecherin‘. Und auf dem Stein für die Zwangsarbeiterin Janina Piotrowska in der Wolfenbütteler Gedenkstätte für die Opfer der NS-Justiz steht ‚Volkschädling‘. Das war laut NS-Justiz jemand, der im Krieg straffällig wurde. Auf dem Braunschweiger Stein von Erna Wazinski steht ‚Plünderung‘. (...)

„Ich finde diese Beschriftungen in Tätersprache nicht angemessen“, sagt Martina Staats, Leiterin der Gedenkstätte Wolfenbüttel. „Solche Ausdrücke sollte man nur verwenden, wenn man sie direkt vor Ort erläutert.“

Detlef Garbe, Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, sagt: „Aus meinen Kontakten mit Überlebenden der NS-Verfolgung weiß ich, wie sehr es sie schmerzt, wenn sie sich mit Zuschreibungen aus der Propagandasprache des NS-Regimes konfrontiert sehen.“ Solche Begriffe ohne sprachliche Distanzierung zu zitieren „ist einfach unmöglich“. Denn auch wenn Demnig diese Begriffe in einfache Anführungszeichen gesetzt habe, „sollte man nicht darauf vertrauen, dass dies von jedem Leser als Distanzierung verstanden wird“. Im Übrigen sei Demnig schon oft in die Kritik geraten, weil Angaben auf Stolpersteinen unzutreffend oder sprachlich zu beanstanden gewesen seien.

Aufgabe:

Setzt euch mit den Argumenten in D3 auseinander und erarbeitet begründete Positionen für die Beantwortung der Leitfrage („Stellen Stolpersteine eine gelungene Form des Gedenkens an die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung dar?“). Diese sollt ihr in der Debatte vortragen.

Behaltet im Kopf: Es geht bei der „Pro- und Contra-Debatte“ nicht um eure eigene Meinung zu der Leitfrage. Vielmehr sollt ihr die Argumente vertreten, die ihr in dem Text findet.

D3: Ein Kunstdenkmal wirft Fragen auf

Berlin-Kreuzberg im Mai 1996: Gunter Demnig kniet auf dem Gehweg der Oranienstraße, direkt am Moritzplatz, dort, wo noch immer das Haus mit der Nummer 158 steht. Er stemmt einen Teil des Gehwegs auf, entfernt ein paar der kleinen grauen Pflastersteine, die hier verlegt sind, und setzt zwei Messing-Betonquader für Lina und Willy Friedmann an ihre Stelle. Dann verschließt er den Weg wieder. An der Oberfläche, mitten auf dem Gehweg, bleiben kleine messingfarbene Rechtecke zurück, jedes nur 96 mal 96 Millimeter groß, glänzend und schlicht, mit einer Inschrift versehen. Die ersten Stolpersteine sind verlegt.

Mittlerweile hat Gunter Demnig mehr als 60.000 Steine in 21 Ländern verlegt – und damit das größte dezentrale Kunstdenkmal Europas geschaffen.¹ Ein Kunstdenkmal, das durch seine äußere Schlichtheit, ja: Unauffälligkeit besticht – und durch die dahinterliegende Komplexität: Die Stolpersteine integrieren verschiedenste Facetten von Erinnerungsarbeit und Aufarbeitung. Demnigs Projekt war von Anfang an der Kritik ausgesetzt und ist nach wie vor nicht unumstritten; dennoch wächst die Zahl der Stolpersteine stetig weiter. Die kleinen Steine scheinen eine große Wirkung zu haben. (...)

Die Historikerin Linde Apel betont, dass die Rechercheergebnisse der einzelnen Stolperstein Initiativen einen Beitrag zur Alltagsgeschichte des Nationalsozialismus liefern. Der Fokus auf die Lebensgeschichten der Opfer sei mittlerweile ein zentrales Element der öffentlichen und lokalen Erinnerungskultur. Tausende von Biografien, die andernfalls anonym geblieben wären, wurden aufgearbeitet. Motivation für die detaillierte Nachzeichnung, so Apel, seien Identifikation und Empathie mit den Opfern. Auch könnten Menschen die Betroffenheit,

die die Auseinandersetzung mit dem Holocaust erzeugt, durch Demnigs Projekt verarbeiten. Zum einen kann im Verlauf der Recherche die Komplexität der Verbrechen auf eine oder wenige Biografien heruntergebrochen werden. Zum anderen ist es möglich, öffentlich Empathie mit den Opfern zu demonstrieren. Mittlerweile haben sich die Verlegungen zu einem Moment des Kennenlernens entwickelt. Es gibt immer wieder Fälle, in denen die Mitglieder einer Familie, da sie über die ganze Welt verstreut leben, zum ersten Mal zusammenkommen oder gar voneinander erfahren. Oft betritt ein Großteil der Angehörigen und vor allem der Überlebenden zum ersten Mal (wieder) den Boden des „Täterlandes“. (...)

Die Stolpersteine machen die Erinnerung auf unaufdringliche Weise omnipräsent. Das Straßenbild wird nicht von ihnen dominiert und sie können schnell übersehen werden. Der Blick kann aber auch hängen bleiben und es besteht die Möglichkeit, innezuhalten. Dies geschieht oft in einem unerwarteten Moment. Das Stehenbleiben ist kein Muss oder wie die Historikerin Dahlia Azran es ausdrückt: „They can mean everything, or nothing.“ Drodzewski beobachtete in ihrer Feldstudie, dass Menschen, nachdem sie die Inschriften gelesen hatten, anschließend den Blick hoben und das Gebäude betrachteten. Durch die Platzierung im öffentlichen Raum kann sich der Blick auf die nationalsozialistischen Verbrechen verändern. Die Verbrechen begannen nicht in den Konzentrations- und Vernichtungslagern; Diskriminierung und Verfolgung setzten bereits in den Gemeinden ein. Die Steine verbinden einen konkreten Ort mit den Ereignissen in der Zeit des Nationalsozialismus.

Die Idee zu dem Projekt stammt zwar von Gunter Demnig, er hatte die Stolpersteine

¹ Die hier genannten Zahlen sind nicht mehr aktuell: Mittlerweile wurden mehr als 100.000 Stolpersteine in verschiedenen Ländern verlegt. In Brandenburg liegen mehr als 1.300 Stolpersteine.

D3: Ein Kunstdenkmal wirft Fragen auf

ursprünglich als Konzeptkunstprojekt entworfen und verlegt sie bis heute meist selbst. Getragen wird das Projekt jedoch von zahlreichen Initiativen in ganz Europa. Erst die große Nachfrage machte die Stolpersteine zu einem europäischen Kunstdenkmal. Die Stolpersteine können als grass root project verstanden werden: Der Wunsch nach den Gedenksteinen kommt von „unten“; er kommt von Angehörigen und Initiativen. (...)

In mehr als 5.000 Orten in Europa recherchieren Menschen die Lebensgeschichten der Verfolgten und Ermordeten. Sie kümmern sich um Genehmigungen für die Verlegung der Steine, organisieren ein Rahmenprogramm, schaffen Öffentlichkeit und suchen weltweit nach den Angehörigen der Opfer. An den Steinen kann man daher auch den Wunsch vieler Europäer nach Aufarbeitung und Erinnerung ablesen: Die Stolpersteine sind Teil der europäischen Vergangenheitsbewältigung. Die Verbindung Einzelner zu einem europaweiten Netzwerk und einer Gemeinschaft trägt erheblich zum Erfolg des Kunstdenkmals bei.

Die Verlegung der Steine ist ein öffentlicher Akt. Oft bleiben Passanten stehen und wohnen der Zeremonie bei: Begleitet von Musik verlesen Schüler_innen die Biografien der Personen, es werden Blumen niedergelegt. Die Bandbreite der Gestaltung dieser Zeremonien ist groß und es wird auf verschiedenste Weise versucht, den Opfern ein Gesicht zu geben. Gunter Demnig über den Prozess des Verlegens: „Es ist schmerzhaft den Stolperstein zu legen, aber es ist auch gut, weil da etwas zurückkehrt... wenigstens die Erinnerung.“ Viele Angehörige äußern nach einer Verlegung, dass sie diese wie eine Heimkehr für ihren Verwandten empfunden hätten. Auch in den Medien findet eine Auseinandersetzung statt: Presse, Rundfunk und Fernsehen berichten von den Verlegungen. Besonders die Jüngeren tauschen sich über

die sozialen Netzwerke wie Twitter, Instagram, Tumblr und Facebook aus. In Berlin wurden gerade mithilfe einer Crowdfunding-Aktion Steine für die Opfer der sogenannten „Polenaktion“ finanziert. Die Berichte und der Austausch gehen in vielen Fällen über die Ankündigung der Steine hinaus: Oft werden in Publikationen wie Flyern, Broschüren, Webseiten und Blogs die Biografien der Opfer noch einmal aufgearbeitet und auch deren Angehörigen eine Stimme gegeben. Nicht selten kommen alte Briefe und Fotografien der Opfer zutage. Nach der Verlegung werden die Stolpersteine in vielen Metropolen Europas Bestandteil von Stadtführungen. Gruppen treffen sich regelmäßig an Gedenktagen, um die Steine zu polieren. Geradezu konträr zu dem deutschen Künstler Jochen Gerz und seinen Unsichtbaren Mahnmalen in Saarbrücken und Hamburg machen die Stolpersteine die Namen der Menschen sichtbar. Während Gerz die Namen in der Erde versenkt, holen Demnigs Stolpersteine sie wieder an die Oberfläche und in den öffentlichen Raum zurück – und stellen damit eine Verbindung zur Öffentlichkeit in der Gegenwart her. (...)

Quelle: Anna Warda: Ein Kunstdenkmal wirft Fragen auf. Die „Stolpersteine“ zwischen Anerkennung und Kritik, in: Zeitgeschichte online, März 2017.

Auswertungsbogen Workshop „Stolpersteine in Brandenburg“

Workshop am: _____

Alter: _____

Vorwissen (z.B. aus der Schule, Studium, eigener Beschäftigung mit dem Thema):

- 1) Wie hat dir der Workshop insgesamt gefallen? Wurden deine Wünsche/Erwartungen an den Tag erfüllt?

- 2) Waren die Inhalte/Methoden für dich interessant?

- 3) Was hat dir am Workshop am besten gefallen?

- 4) Was hat dir besonders gefehlt/dich gestört?

- 5) Was möchtest du den Teamer*innen noch mit auf den Weg geben?

GLOSSAR

Personen, die nicht ins Nazi-Weltbild passten, willkürlich festzunehmen und zu inhaftieren. Die „Schutzhaft“ unterlag keiner richterlichen Überprüfung, und den Opfern wurde kein Recht auf anwaltlichen Beistand gewährt. Aus Sicht der Nazis sollte das deutsche nationalsozialistische Volk und der Staat geschützt werden, indem die missliebigen Menschen in „Schutzhaft“ genommen wurden und somit aus der Gesellschaft herausgerissen, isoliert, inhaftiert und in ihrem Leben bedroht wurden.

Schabbat

Im Judentum ist der Schabbat der wöchentliche Ruhetag. Er geht von Freitagabend bis Samstagabend. Er ist ein zentraler Bestandteil der jüdischen Religion und wird durch Gebete, das Lesen der heiligen Schrift Tora und den Verzicht auf Arbeit begangen.

Zionismus

Der Zionismus ist eine politische und kulturelle Bewegung, deren Ziel die Gründung eines jüdischen Nationalstaates in Palästina ist. Gegründet im 19. Jahrhundert, gewann der Zionismus insbesondere durch die Verfolgung der Jüdinnen*Juden im Nationalsozialismus an Bedeutung. 1948 führte die Bewegung zur Gründung des Staates Israel.

Alijah

Der Begriff „Alijah“ stammt aus dem Hebräischen und bedeutet „Aufstieg“. Er bezeichnet die Einwanderung von Jüdinnen*Juden nach Palästina, später nach Israel. Besonders in der Zeit des Nationalsozialismus flüchteten viele Jüdinnen*Juden aus Europa nach Palästina, um Verfolgung und Vernichtung zu entkommen. Verschiedene Organisationen unterstützten die Alijah durch Schulungen und die Organisation von Transporten.

Denunziation

Denunziation bedeutet, jemanden zu verpetzen oder zu verraten oder auch jemanden zu Unrecht zu beschuldigen. Im Nationalsozialismus hieß Denunziation meist, dass jemand bei den Nazi-Sicherheitsbehörden gemeldet/verraten/beschuldigt wurde. Viele Menschen wurden von den Nazis festgenommen und verschleppt, nachdem Mitbürger*innen wie z. B. Nachbar*innen sie denunziert hatten.

„Euthanasie“

Der Begriff „Euthanasie“ steht in Anführungszeichen, weil es ein Begriff ist, den die Nazis genutzt haben, es ist also die Sprache der Täter*innen. Wir benutzen den Begriff, um ein Verbrechen der Nationalsozialist*innen zu beschreiben: Auf Befehl des Staates wurden Menschen, die als behindert, psychisch oder physisch krank und „unheil“ galten, gezielt ermordet. Die Nationalsozialist*innen haben diese Menschen als „unwertes Leben“ angesehen und unter dem Begriff „Euthanasie-Programm“ an diesen Menschen einen Massenmord begangen.

Gestapo

Gestapo ist die Abkürzung für Geheime Staatspolizei. Die Gestapo war die politische Polizei des NS-Regimes und wurde vor allem dazu eingesetzt, vermeintliche oder tatsächliche politische Gegner*innen der Nazis aufzuspüren, zu verfolgen, in Gefängnisse und auch in Konzentrationslager zu sperren. Die Gestapo hat Gefangene gefoltert, um Informationen zu bekommen oder auch (falsche) Geständnisse zu erzwingen. Die Gestapo hat viele Gefangene ermordet.

Hachschara

Hachschara ist hebräisch und heißt auf deutsch „Vorbereitung“. Jüdische Jugendorganisationen haben die Hachschara organisiert und jungen jüdischen Menschen hauswirtschaftliche, handwerkliche, gärtnerische und landwirtschaftliche Fähigkeiten beigebracht. Dies wurde als wichtig angesehen, um die jungen Jüd*innen zu befähigen, sich ein neues Leben in Palästina aufzubauen und den Wunsch nach einem eigenen Nationalstaat umzusetzen.

Hechaluz-Bewegung

Hechaluz („Der Pionier“) war eine zionistische (→ Zionismus) Jugendbewegung, die junge Jüdinnen*Juden auf die Auswanderung nach Palästina und das Leben im Kibbuz (→ Kibbuz) vorbereitete. Sie spielte eine wichtige Rolle bei der Flucht vor nationalsozialistischer Verfolgung und förderte die Alijah (→ Alijah) durch Schulungen in Landwirtschaft und Handwerk.

Kibbuz

Ein Kibbuz ist eine kleine bis mittelgroße jüdische Gemeinschaft des Zusammenlebens, ähnlich einem Dorf oder einer Wohnsiedlung. Gemeinschaft und Gemeinsamkeit sind zentral im Kibbuz, die Mitglieder organisieren Alltag, Arbeit, Landwirtschaft oder soziale Aufgaben wie Kinderbetreuung und Altenpflege zusammen. Manchmal gibt es auch ein gemeinsames Wirtschaften, so dass man für die finanziellen Bedürfnisse der Mitglieder aufkommt.

Kindertransport

Kindertransporte beschreiben die von Hilfsorganisationen auf eigene Kosten organisierte Flucht von minderjährigen jüdischen Kindern und Jugendlichen aus Deutschland nach Großbritannien. Als die antisemitische Stimmung und die Verfolgung von jüdischen Menschen in Nazi-Deutschland immer stärker und lebensgefährlicher wurde, hat Großbritannien sich bereit erklärt, minderjährige Jüdinnen*Juden als Flüchtlinge aufzunehmen, um sie vor Verfolgung und Deportation zu schützen. Die Möglichkeit, über

diese Kindertransporte Deutschland zu verlassen, hat rund 10.000 jüdischen Kindern und Jugendlichen das Leben gerettet. Sie mussten hierfür ihre Familien zurücklassen und wurden in Großbritannien von englischen, ihnen bis dahin fremden Familien aufgenommen.

Kriegsgefangene, Kriegsgefangenschaft

Kriegsgefangenschaft bezeichnet den Zustand, in dem Soldat*innen nach ihrer Gefangennahme durch feindliche Truppen während eines Krieges festgehalten werden. Die Genfer Konventionen regeln den Schutz und die Behandlung von Kriegsgefangenen. Während des Zweiten Weltkriegs wurden Kriegsgefangene oft unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert.

Konzentrationslager Bergen-Belsen

Bergen-Belsen war ein 1941 erbautes Kriegsgefangenenlager bei Hannover. Ab 1943 wurde es als Konzentrationslager für jüdische Gefangene genutzt. Auch viele andere Häftlingsgruppen waren in Bergen-Belsen eingesperrt. Die Nazis haben gezielt Bedingungen im Lager hergestellt, die zum Tod von Häftlingen führten. Mangelnde ärztliche Behandlung, kaum Essen, viele sich ausbreitende Krankheiten und sehr schlechte Unterkünfte sowie die alltägliche Gewalt haben dazu geführt, dass ca. 70.000 Menschen in Bergen-Belsen zwischen den Jahren 1941 und 1945 gestorben sind.

Konzentrationslager Oranienburg

Das Konzentrationslager Oranienburg war eines der ersten Konzentrationslager, das 1933 in der Nähe von Berlin errichtet wurde. Es wurde von der SA (→ SA) betrieben und diente der Inhaftierung und Misshandlung politischer Gegner*innen des NS-Regimes. Das Lager wurde 1934 geschlossen und durch das Konzentrationslager Sachsenhausen (→ Konzentrationslager Sachsenhausen) ersetzt.

Konzentrationslager Sachsenhausen

Das Konzentrationslager Sachsenhausen wurde 1936 in der Nähe von Oranienburg errichtet. Es diente zunächst der Inhaftierung politischer Gegner*innen und später auch anderer Verfolger wie Jüdinnen*Juden, Homosexueller und Sinti*ze und Rom*nja. Sachsenhausen war ein Ort von Zwangsarbeit, medizinischen Experimenten und Massenmorden.

Konzentrationslager Sonnenburg

Das Konzentrationslager Sonnenburg (heute Słońsk, Polen) wurde 1933 als eines der ersten Konzentrationslager eingerichtet. Es diente zunächst der Inhaftierung politischer Gegner*innen der Nationalsozialist*innen. Später wurde es während des Zweiten Weltkriegs als Haftort für Widerstandskämpfer*innen und Zwangsarbeiter*innen genutzt. 1945 wurden die verbliebenen Häftlinge in einem Massaker ermordet.

Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz

Das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz, heute in Polen gelegen, war der größte Lagerkomplex des NS-Regimes. Es bestand aus mehreren Teilen, darunter Auschwitz I (Stammlager), Auschwitz II-Birkenau (Vernichtungslager) und Auschwitz III-Monowitz (Arbeitslager). Hier wurden über eine Million Menschen, vor allem Jüdinnen*Juden, systematisch ermordet.

KPD

KPD ist die Abkürzung für Kommunistische Partei Deutschlands. Die Kommunistische Partei war eng verwoben mit der Arbeiter*innenklasse und ihren Kämpfen für Arbeiter*innenrechte. Als im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1929 sehr viele Menschen ihre Arbeit verloren, wurde die KPD auch zur Partei der Arbeitslosen. Als linke und kommunistische Partei galt die KPD als zentrale

Gegnerin des Nationalsozialismus. Mitglieder der KPD wurden von den Nazis als politische Gegner*innen verfolgt.

NSDAP

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) war die politische Partei Adolf Hitlers und das zentrale Machtinstrument des NS-Regimes. Gegründet 1920, propagierte sie eine rassistische, antisemitische und nationalistische Ideologie. Nachdem sie 1933 an die Macht gekommen war, setzte die NSDAP ihre Herrschaft brutal durch und war verantwortlich für den Zweiten Weltkrieg und die Verfolgung und Ermordung von vielen Millionen Menschen.

Novemberpogrom/ Reichspogromnacht

Mit dem Begriff Reichspogromnacht wird vor allem die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 bezeichnet. In dieser Nacht, aber auch noch in den darauffolgenden Tagen, zerstörten die Nationalsozialist*innen eine Vielzahl jüdischer Geschäfte und zündeten mehr als 2.600 Synagogen an. Viele Menschen schauten tatenlos zu oder applaudierten sogar. Menschen, die die Nazis als jüdisch identifizierten, wurden verprügelt, inhaftiert und in Gestapo-Gefängnisse und Konzentrationslager verbracht. Die Reichspogromnacht ist in der Verfolgung der Jüdinnen*Juden in Deutschland als einer der ersten grausamen Höhepunkte zu betrachten.

Palästina

Palästina war zur Zeit des Nationalsozialismus eine britische Kolonie im Nahen Osten. Es war ein wichtiges Ziel für jüdische Geflüchtete, die vor der Verfolgung durch das NS-Regime flohen. Die Einwanderung nach Palästina wurde jedoch durch britische Beschränkungen erschwert.

Reichstagsbrandverordnung

Die Reichstagsbrandverordnung wurde am 28. Februar 1933 nach dem Reichstagsbrand erlassen. Sie setzte wesentliche Grundrechte außer Kraft und ermöglichte es den Nationalsozialist*innen, politische Gegner*innen zu verfolgen und die Macht im Staat zu sichern. Sie gilt als ein entscheidender Schritt zur Errichtung der NS-Diktatur.

SA (Sturmabteilung)

Die SA (Sturmabteilung) war eine bewaffnete und uniformierte Organisation der Nazis. Die SA wurde 1921, also schon bevor die Nationalsozialist*innen an die Macht kamen, gegründet. Sie war dafür zuständig, Nazi-Veranstaltungen zu bewachen und politische Gegner*innen der Nazis zu terrorisieren. Die SA hat viele Schlägereien und Straßenkämpfe in den Arbeiter*innenvierteln provoziert und versucht, die Anhänger*innen von SPD und KPD zu schwächen und zu bekämpfen. Nach der Machtübertragung an die NSDAP hat die SA die Konzentrationslager mit aufgebaut, um Menschen, die politischen Widerstand leisteten, dorthin zu verschleppen.

Sammellager

Als Sammellager werden Orte bezeichnet, an denen sich Menschen versammeln mussten, bevor sie zu den Bahnhöfen und in die Züge gebracht wurden, mit denen sie in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert wurden. Diese Sammellager wurden von den Nazis genutzt, um die Deportationen organisatorisch vorzubereiten, auch aber, um das Eigentum und das Vermögen der deportierten Menschen einzuziehen – also zu stehlen. Die Sammellager befanden sich oft an zentralen Orten in den Städten und waren für die deutsche Bevölkerung sichtbar.

Schutzhaft

Direkt nachdem die Nazis 1933 an die Macht kamen, wurde „Schutzhaft“ als Strategie benutzt, um politische Gegner*innen und weitere